



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

18. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1966

Grafik des Monats: Besetzung der Altersjahrgänge 1976 und 1986

Aufsätze: Industriezensus 1963 (Betriebe)

Straßenverkehrsunfälle 1965

Spareinlagen 1963-1965

Kinderzahl und Lebenshaltung

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

UNSER KOLLEGE UND AUTOR

Herr Alfons Fuchs

DIPLOM-VOLKSWIRT

IST AM 7. SEPTEMBER 1966 PLÖTZLICH AN SEINEM SCHREIBTISCH VERSTORBEN. EINE AORTENRUPTUR HAT SEINEM LEBEN EIN FRÜHES ENDE GESETZT.

HERR FUCHS, 1915 BEI ULM GEBOREN, HATTE NACH DEM KRIEGE IN KIEL VOLKSWIRTSCHAFT STUDIERT UND WAR AM 1. MAI 1951 IN DAS STATISTISCHE LANDESAMT EINGETRETEN. SEINE ERSTE ARBEIT WAR DIE AUSWERTUNG DER WOHNUNGSZÄHLUNG VON 1950. NACH EINEM JAHR WURDEN DIE BAU- UND WOHNUNGSSTATISTIKEN IHM ALS REFERENTEN ÜBERTRAGEN, DIE ER SEITDEM BETREUTE. FÜR ZWEI JAHRE UNTERSTANDEN IHM VORÜBERGEHEND AUCH DIE VERÖFFENTLICHUNGEN DES LANDESAMTES, DIE ER JEDOCH WIEDER ABGAB, ALS FÜR DIE NEU AUFGENOMMENEN VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN GESAMTRECHNUNGEN EIN FACHMANN MIT MODERNER AUSBILDUNG GEBRAUCHT WURDE.

HERR FUCHS HATTE DAMIT ZWEI AUFGABENKREISE GEFUNDEN, DIE IHN ERFÜLLTEN UND IN DENEN ER SEINE HERVORRAGENDEN FÄHIGKEITEN ALS VOLKSWIRT UND STATISTIKER EINSETZEN KONNTE. SEIN IDEENREICHTUM UND SEIN KLARES DENKVERMÖGEN KAMEN AUCH DEM ARBEITSKREIS "SOZIALPRODUKTSBERECHNUNGEN DER LÄNDER" ZUGUTE, DEM ER ANGEHÖRTE.

IN DEN LETZTEN JAHREN ÜBERNAHM ER MIT DER KOSTENSTRUKTURSTATISTIK, DER WOHNGELDSTATISTIK UND DER WOHNUNGSSTICHPROBE NOCH INTERESSANTE NEUE AUFGABEN. ES WAR HERRN FUCHS NICHT VERGÖNNT MITZUERLEBEN, WIE AM 16. SEPTEMBER 1966 DIE MASCHINELLE WOHNGELDBERECHNUNG FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN IN DER DATENVERARBEITUNGSANLAGE DES STATISTISCHEN LANDESAMTES OFFIZIELL IN GANG GESETZT WURDE. ZU DIESEM RATIONALISIERUNGSERFOLG HATTE SEINE INITIATIVE WESENTLICH BEIGETRAGEN.

WIR WERDEN DIESEM VITALEN, HILFSBEREITEN UND SENSIBLEN MENSCHEN ALLEZEIT EIN HERZLICHES ANDENKEN BEWAHREN

Aus dem Inhalt

Industriezensus 1963 (Betriebe) Seite 212

Der Industriezensus 1963 umfaßt Daten für schleswig-holsteinische Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten am 30. 9. 1962 und mit vollem Geschäftsjahr 1962. Im Zensus wurden knapp 1 400 Industriebetriebe mit einem Jahresdurchschnitt von rund 172 000 Beschäftigten erfaßt. Vom Beschäftigungspotential her gesehen ist die Ernährungsindustrie mit rund 25 000 Beschäftigten die bedeutendste Industrie des Landes. Die Reihenfolge ändert sich jedoch, wenn statt der Beschäftigtenzahl die Personalkosten als Maßstab genommen werden. Dann steht nämlich der Schiffbau mit rund 180 Mill. DM Löhnen und Gehältern an der Spitze. In den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben wurden 1962 mehr als 450 Mill. DM in Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Werkzeuge und weitere Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. Nur 10 % der erfaßten Betriebe hatten in diesem Jahr nicht investiert. Wird die finanzielle Seite der Investitionstätigkeit in den Vordergrund gestellt, dann ist es zweckmäßig, die Investitionen zum Umsatz in Beziehung zu setzen. Alle Industriebetriebe im Lande zusammengenommen hätten 6,5 % ihres Jahresumsatzes aufwenden müssen, um die Investitionen zu bezahlen.

Straßenverkehrsunfälle 1965 Seite 218

Im Jahre 1965 ereigneten sich in Schleswig-Holstein 12 500 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, bei denen 670 Menschen getötet und 16 800 verletzt wurden. Damit ist die Zahl der Unfälle gegenüber 1964 um 4 % und die der Verunglückten um 3 % zurückgegangen. Die Zahl der Unfälle blieb noch unter der des Spitzenjahres 1961. Die Zahl der Verunglückten übertraf dieses Jahr um 200. Von den Unfällen ereigneten sich 1965 nur noch 60 % innerhalb von Ortschaften, 1960 waren es noch 68 % gewesen. Die Zahl der Verunglückten stieg 1965 gegenüber 1963 um 4 %. Dabei verunglückten innerhalb der Ortschaften in beiden Jahren etwa gleich viel Menschen; auf freier Strecke waren es 1965 aber 8 % mehr. Auch hier sieht man deutlich die Schwerpunktverschiebung. Der Rückgang bei den Verunglückten, der von 1964 auf 1965 zu verzeichnen war, wird von allen Verkehrsteilnehmern getragen mit Ausnahme der Benutzer von Personenwagen. Die unterschiedliche Gefährdung der Verkehrsteilnehmer je nach der Art des benutzten Fahrzeuges oder als Fußgänger hängt auch mit dem Lebensalter zusammen. Unter den Fußgängern fällt die Gruppe der 3- bis 10jährigen besonders auf. Einem Bevölkerungsanteil von 11,5 % stehen 34,3 % der Verunglückten gegenüber. Unter den Fahrzeugbenutzern stechen vor allem die 18- bis 22jährigen hervor. Diese fünf Jahrgänge bilden 7,0 % der Bevölkerung. An den Verunglückten haben sie aber einen Anteil von 23,1 %. Es sind viele Ursachen, die zu dieser großen Zahl von Unfällen mit ihren zahlreichen Opfern geführt haben. Die wichtigste unter ihnen ist die Teilnahme

am Straßenverkehr unter Alkoholeinfluß. Ihre Wichtigkeit liegt nicht nur in ihrer Häufigkeit, sondern vor allem darin, daß sie sich zum schlechteren hin entwickelt. Von 1960 auf 1961 ging die Ursache "Alkoholeinfluß" etwas zurück, danach stieg sie aber bis 1964 an. "Alkoholbedingte Alleinunfälle junger Personenwagenfahrer auf freier Strecke", in diesem Typ laufen heute alle bedenklichen Entwicklungen zusammen.

Spareinlagen 1963-1965 Seite 227

Der Bestand an Spareinlagen bei den schleswig-holsteinischen Kreditinstituten hat in den letzten Jahren weiterhin erheblich zugenommen. Er stieg in den drei Jahren vom 1. 1. 1963 bis zum 31. 12. 1965 um 1,173 Milliarden DM auf 3,178 Milliarden DM an. Dies entspricht einer Steigerung um 59 %. Der Zuwachs entstand zu gut drei Vierteln aus dem Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen; ein Viertel der Zunahme entstand durch Gutschriften von Zinsen. Die positive Entwicklung beruht dabei nicht nur auf dem während des Berichtszeitraumes ständig gestiegenen Einkommen der privaten Haushalte, sondern auch auf den in stärkerem Maße in Anspruch genommenen staatlichen Sparförderungsmaßnahmen. Die Sparleistung - je Einwohner berechnet - ist in Schleswig-Holstein niedriger als in anderen Bundesländern. Ein solcher Ländervergleich ist jedoch nur bedingt aussagefähig, da viele Faktoren (Spargewohnheiten, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, Siedlungsstruktur) Auswirkungen auf die individuelle Sparleistung haben.

Kinderzahl und Lebenshaltung Seite 230

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/1963 hat erstmalig in der Bundesrepublik amtliche statistische Unterlagen über Einkommen und Verbrauch von Arbeitnehmerfamilien mit unterschiedlicher Kinderzahl erbracht. Die Untersuchung bezieht sich auf 3 719 Arbeitnehmerhaushalte, davon haben 47 % ein Kind, 35 % zwei und 18 % drei Kinder im Alter von unter siebzehn Jahren. Es ergab sich, daß das durchschnittliche monatliche Haushalts-Bruttoeinkommen der Familien mit drei Kindern mit 1 075 DM um 60 DM höher lag als das entsprechende Haushalts-Bruttoeinkommen der Familien mit zwei Kindern. Dagegen haben die Familien mit einem Kind und die mit zwei Kindern nahezu ein gleich großes durchschnittliches Haushalts-Bruttoeinkommen aufzuweisen. Das durchschnittliche Haushalts-Nettoeinkommen zeigt eine deutlichere Abstufung. So verfügten die Arbeitnehmerhepaare mit drei Kindern über 968 DM, das waren 115 DM mehr als die Ehepaare mit einem Kind und 80 DM mehr als die Ehepaare mit zwei Kindern zur Verfügung hatten. Die monatlichen Ausgaben für den privaten Verbrauch beliefen sich bei Ehepaaren mit einem Kind auf 740 DM, bei Ehepaaren mit zwei Kindern auf 778 DM und bei Ehepaaren mit drei Kindern auf 819 DM.

Industriezensus 1963

Teil 2, Betriebe

Die Veröffentlichung über den "Industriezensus 1963" wird nachstehend mit der Darstellung der Betriebsergebnisse fortgesetzt. Im Heft 8 (August) der Statistischen Monatshefte von Schleswig-Holstein sind die grundlegenden Ausführungen über Methode, Umfang und Durchführung des Industriezensus, sowie die wichtigsten Ergebnisse für Unternehmen zu finden.

Betriebsergebnisse¹

Im Zensus wurden knapp 1 400 Industriebetriebe mit im Jahresdurchschnitt rund 172 000 Beschäftigten erfaßt. Von den Beschäftigten waren weniger als ein Prozent als Inhaber oder mithelfende Familienangehörige den "Unternehmern" zuzurechnen, die Masse der Beschäftigten (99,2%) waren als Arbeiter, Angestellte oder Lehrlinge in einem abhängigen Arbeitsverhältnis. Außerdem beschäftigten die Industriebetriebe etwa 1 200 Heimarbeiter. Ungefähr 55 000 Beschäftigte waren Frauen, d. h. etwa jeder dritte Arbeitsplatz war mit einer weiblichen Arbeitskraft besetzt. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter machten zusammen 1,25 Mrd. DM aus; davon wurden rund 924 Mill. DM für Löhne und 323 Mill. DM für Gehälter ausgegeben. Die Personalkosten beanspruchten ein Drittel des Nettoproduktionswertes. Am Jahresumsatz 1962 gemessen, der sich einschl. der Erlöse aus Nebengeschäften (54 Mill. DM) auf knapp 7 Mrd. DM stellte, betrug die Löhne und Gehälter etwa 18%. Ergänzt man die Umsatzleistung um die Bestandszunahme der Halb- und Fertigerzeugnisse (245 Mill. DM) und den Wert der selbsterstellten Anlagen (44 Mill. DM) sowie um die firmeninternen Lieferungen und Leistungen (508 Mill. DM), dann erhält man die Gesamtleistung der Industriebetriebe, den Bruttoproduktionswert. Er lag mit 7,7 Mrd. DM um gut ein Zehntel über dem Umsatzwert. Bei den Betriebsergebnissen ist zum Unterschied von den Unternehmensergebnissen nicht nach einer etwaigen Handels-tätigkeit gefragt worden. Alle Betriebsdaten verstehen sich daher "ohne Handelsgeschäfte". Der Materialverbrauch belief sich auf nahezu 4 Mrd. DM, das waren 51,3% des Bruttoproduktionswertes. Zum Materialverbrauch rechnen hier nicht nur die verbrauchten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (3,7 Mrd. DM) und der Energieverbrauch (Kohle, Öl, Gas, Elektrizität mit zus. 201 Mill. DM), sondern auch die an andere Betriebe vergebenen Lohnarbeiten, deren Wert allerdings nur

etwa 74 Mill. DM ausmachte. Zieht man vom Bruttoproduktionswert den Materialverbrauch ab, dann erhält man den Nettoproduktionswert, der sich für die Industriebetriebe im Geschäftsjahr 1962 auf 3,8 Mrd. DM oder 21 943 DM je Beschäftigten (ohne Heimarbeiter) stellte. Die entsprechenden Unternehmensergebnisse weisen durchweg niedrigere Werte aus; so war die durchschnittliche Nettoleistung je Beschäftigten bei den Unternehmen um über 4 000 DM oder ein Fünftel geringer als bei den Betrieben.

	Betriebs- ergebnisse	dagegen Unter- nehmens- ergebnisse
Betriebe/Unternehmen	1 398	1 147
Beschäftigte, Jahres-Ø	172 975	147 258
Löhne und Gehälter	Mill. DM 1 249,3	1 083,4
Umsatz	" 6 952,5 ^{ab}	5 716,7
Bruttoproduktionswert	" 7 749,3 ^a	5 958,5
Materialverbrauch	" 3 977,5 ^a	3 372,0
Nettoproduktionswert	" 3 771,8 ^a	2 586,6
Investitionen insgesamt	" 452,0	293,0
In % des Nettoproduktionswertes	" 12,0	11,3

a) ohne Handelsware, bei Unternehmensergebnissen aber einschl. Handelsware

b) ohne firmeninterne Lieferungen und Leistungen in Höhe von 508 Mill. DM

In den Industriebetrieben wurden 1962 für 452 Mill. DM Investitionen (Bruttuzugänge auf Anlagekonten) getätigt. Mehr als die Hälfte, nämlich 240 Mill. DM, wurden für die Anschaffung von Maschinen und maschinellen Anlagen aufgewendet, weitere 85 Mill. DM für Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgegeben. In bebaute Grundstücke wurden rund 120 Mill. DM investiert, in unbebaute Grundstücke dagegen nur 7 Mill. DM. Die Anschaffung von Fahrzeugen aller Art beanspruchte mehr als 20 Mill. DM. Etwa ein Zehntel des wertmäßigen Investitionsvolumens wurde nicht vom Markt bezogen, sondern von den Betrieben selbst erstellt. Je Beschäftigten (ohne Heimarbeiter) berechnet, ergab sich für 1962 ein durchschnittlicher Investitionsbetrag von 2 630 DM. Auf den Nettoproduktionswert bezogen, machten die Investitionen 12% aus, vom Marktumsatz der Betriebe waren es 6,5%.

Beschäftigte, Löhne und Gehälter

Vom Beschäftigungspotential her gesehen, ist die Ernährungsindustrie mit rund 25 000

1) Nur Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten am 30. 9. 1962 und mit vollem Geschäftsjahr 1962

Beschäftigten die bedeutendste Industrie des Landes. An zweiter Stelle folgt der Maschinenbau mit etwas mehr als 23 000 Beschäftigten, danach kommt der Schiffbau mit 22 400 Beschäftigten. Mit deutlichem Abstand nimmt die elektrotechnische Industrie mit über 10 000 Beschäftigten den vierten Platz ein. Diese vier Industriegruppen zusammen genommen stellen mit rund 81 000 Beschäftigten fast die Hälfte der industriellen Erwerbsmöglichkeiten im Lande. Die Reihenfolge ändert sich jedoch, wenn man statt der Beschäftigtenzahl die Personalkosten als Maßstab nimmt: Dann steht nämlich der Schiffbau mit rund 180 Mill. DM Löhnen und Gehältern an der Spitze, dichtauf folgt der Maschinenbau mit gut 177 Mill. DM, und erst an dritter Stelle kommt die Ernährungsindustrie, die für Löhne und Gehälter nicht ganz 170 Mill. DM aufzuwenden hatte. Dementsprechend verhielten sich auch die jährlichen Durchschnittsbeträge der Lohn- und Gehaltsempfänger:

	Lohn je Arbeiter	Gehalt je Angestellten
	- in DM -	
Schiffbau	7 626	10 760
Maschinenbau	6 915	10 008
Ernährungsindustrie	6 238	9 045
Industrie insgesamt	6 656	10 154

Das unterschiedliche Lohnniveau dürfte u. a. auch von den Verschiedenheiten in der Beschäftigtenstruktur abhängen. Im Schiffbau beträgt der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte weniger als 5%, im Maschinenbau sind es 13%, demgegenüber sind in der Ernährungsindustrie 48% aller Beschäftigten weiblichen

Geschlechts. Der höchste Frauenanteil von etwa 85% in der Bekleidungsindustrie korrespondiert mit dem niedrigsten durchschnittlichen Lohnbetrag aller Industriezweige von 4 761 DM. Ähnlich liegen die Dinge auch in der Textilindustrie, die etwa zu zwei Dritteln Frauen beschäftigt und 5 214 DM Lohn je Arbeiter auswies. In beiden Branchen kommt hinzu, daß von 1 200 überhaupt festgestellten Heimarbeitern über 400 hier tätig waren. Der durchschnittliche Lohn je Heimarbeiter lag mit rund 2 400 DM aber weit unter dem der übrigen Arbeiter.

Von der Betriebsgröße sind die Einkommenschancen der Arbeiter kaum abhängig. Die Durchschnittswerte nach der Beschäftigtenzahl der Betriebe liegen bis zur vorletzten Größenklasse (500 - 999 Beschäftigte) dicht beieinander. Lediglich in den 22 schleswig-holsteinischen "Großbetrieben", zu denen auch die meisten Werften des Landes gehören, verdienen die Arbeiter jährlich im Schnitt 700 bis 800 DM mehr als ihre Kollegen in den mittleren und kleineren Betrieben.

Das Durchschnittsgehalt der Angestellten stieg demgegenüber mit zunehmender Größe des Betriebes von rund 7 800 DM auf über 11 400 DM an. Bei den durchschnittlichen Löhnen und Gehältern sind keine nennenswerten Unterschiede zu den entsprechenden Unternehmensergebnissen festzustellen. Die Lohnintensität - hier gemessen am Anteil der Löhne und Gehälter am Nettoproduktionswert (ohne Handelsware) - ist bei den kleinsten und größten Betrieben mit 30,3% und 28,1% am geringsten. In den anderen Größenklassen ist die Schwankungsbreite verhältnismäßig klein. Sie bewegte sich zwischen 34,5% und 37,9%. Das ist bei einem Vergleich der einzelnen Branchen, wie nicht anders zu erwarten, erheblich anders. Sehr lohn-

Beschäftigte, Löhne und Gehälter 1962 nach Beschäftigtengrößenklassen

Größenklasse (Beschäftigte)	Betriebe	Arbeiter ¹	Angestellte ¹	Lohn je Arbeiter	Gehalt je Angestellten	Anteil der Löhne und Gehälter am Nettoproduktions- wert ² in %
				DM		
10 - 19	324	3 335	881	6 447	7 819	30,3
20 - 49	461	11 203	2 805	6 405	8 385	37,9
50 - 99	276	15 117	3 702	6 333	9 460	36,9
100 - 499	270	41 687	10 465	6 417	10 037	37,3
500 - 999	45	24 731	5 125	6 497	10 064	34,5
1 000 und mehr	22	42 681	8 830	7 180	11 431	28,1
Zusammen	1 398	138 754	31 808	6 656	10 154	33,1

1) jeweils einschl. Lehrlinge

2) ohne Handelsware

intensiv sind der Schiffbau, die Ledererzeugung und die eisenschaffende Industrie, wo sechs bis sieben Zehntel des Nettoproduktionswertes für Personalkosten in Anspruch genommen werden. Mit einem weit unter dem Durchschnitt liegenden Personalkostenanteil produzieren dagegen die tabakverarbeitende Industrie und die mineralölverarbeitende Industrie, deren Nettoproduktionswert nur bis zu einem Zehntel für Löhne und Gehälter verbraucht wurde. Im Maschinenbau, im Stahlbau, den Gießereien und der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie entfiel etwa die Hälfte des Nettoproduktionswertes auf Personalkosten, in der gewichtigen Ernährungsindustrie als Ganzes betrachtet, machten die Löhne und Gehälter nur gut ein Viertel aus.

Jahreszeitliche Schwankungen des Beschäftigtenstandes

Hohen Beschäftigtenstand und saisonale Stabilität der Beschäftigung kann man durchaus als Kennzeichen der wirtschaftlichen Situation in den Industriebetrieben ansehen. Sie bedeuten Sicherheit des Arbeitsplatzes und damit auch gesichertes Einkommen für die Arbeitnehmer. Von der aus 5 Stichtagen jeweils zum Quartalsende ermittelten jahresdurchschnittlichen Beschäftigtenzahl betrug die größte positive Abweichung eines Quartalswertes nur 1,3%, die größte negative Abweichung nur 1,7%, wenn man alle Beschäftigten in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben des Jahres 1962 zugrundelegt. Bei den weiblichen Beschäftigten allein betrachtet, waren die saisonalen Schwankungen um das Jahresmittel etwas ausgeprägter, nämlich + 2,2% und - 2,6%. Dabei wurde der höchste Beschäftigtenstand Ende September und der niedrigste am Jahresanfang erreicht. Abweichend von dem allgemeinen saisonalen Rhythmus war im Schiffbau der Beschäftigtenstand leicht rückläufig, ähnliches war auch für die Textilindustrie und die Ledererzeugung festzustellen. In der elektrotechnischen Industrie wiesen demgegenüber die Beschäftigtenzahlen steigende Tendenz auf. In beiden Fällen dürften konjunkturelle Einflüsse wirksam gewesen sein und den saisonalen Verlauf überdeckt haben. Die Beschäftigungslage war z. B. in der Mineralölverarbeitung recht stabil, die Veränderungen hielten sich im Rahmen von $\pm 1\%$. Mit diesen kurzen Hinweisen muß es hier sein Bewenden haben. Umfangreicher nach Branchen und sozialer Stellung im Betrieb aufgegliedertes Material wird demnächst in einem Quellenwerk zum Industriezensus veröffentlicht werden.

Investitionen

Über die zentrale Bedeutung der Investitionstätigkeit wurde bereits im Zusammenhang

mit der Darstellung der Unternehmensergebnisse gesprochen. Daher soll hier nur noch einmal der regionale Aspekt der Sache herausgestellt werden. Während die grundsätzlichen Investitionsentscheidungen von der Unternehmensleitung - evtl. außerhalb des Landes - getroffen werden, erfolgt die Realisierung in dem oder den Betrieben, je nachdem, ob das Unternehmen aus einem oder mehreren Betrieben besteht. An einem bestimmten Ort muß ein Grundstück gekauft werden, das vielleicht erst noch für die spätere Nutzung zu erschließen ist. Das tangiert den regionalen Grundstücksmarkt. Die benötigten Arbeitskräfte sollen in wirtschaftlich erreichbarer Entfernung vorhanden sein; auf dem regionalen Arbeitsmarkt tritt ein neuer Nachfrager auf. Werkhallen und weitere Anlagen werden errichtet, das örtliche Baugewerbe erhält zusätzliche Auftragschancen und so fort. Als mittelbare Folge der einen Investitionsentscheidung werden unter Umständen Folgeinvestitionen ausgelöst (z. B. Straßenbauten), die zusammen ein Mehrfaches des ursprünglichen Investitionsumfanges ausmachen können. So kann durch eine Entscheidung - allerdings muß es sich um ein größeres Objekt handeln - die wirtschaftliche Situation einer Gemeinde - oft auch mehrerer Gemeinden bis hin zu einem ganzen Kreis und darüber hinaus - von Grund auf verändert werden.

In den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben wurden im Geschäftsjahr 1962 mehr als 450 Mill. DM in Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Werkzeuge und weitere Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert (Als Investitionen wurden dabei die Brutto-Zugänge auf Anlagekonten ausgewiesen). Unter 100 Betrieben gab es in diesem Jahr 10 Betriebe, in denen keine Investitionen der besagten Art getätigt wurden. Etwa ein Drittel des Investitionsvolumens entfiel auf die vier kreisfreien Städte (Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster). In den Kreisen wurden demnach Investitionen im Werte von über 300 Mill. DM realisiert. Bemerkenswert ist dabei, daß die Investitionsintensität, sowohl auf den Umsatz als auch auf die Beschäftigten bezogen, in den Kreisen merklich größer als in den kreisfreien Städten war. Der Investitionsbetrag je Beschäftigten betrug mit rund 3 600 DM in den Kreisen gut das Doppelte des Wertes für die kreisfreien Städte. Die in den Kreisen befindlichen Betriebe investierten 6,4 % ihres Umsatzes, in den Städten waren es nur 5,5 %. Allerdings ist zu wiederholen, daß die Investitionstätigkeit wohl kaum als kontinuierlich im Zeitverlauf anzusehen ist. Daher sind auch die Extremwerte in einzelnen Kreisen nicht "normal", sondern mehr oder weniger zufällig. Sie deuten

Investitionen in den kreisfreien Städten und Kreisen 1962

KREISFREIE STADT Kreis	Betriebe mit Investitionen	Investitionen			
		Insgesamt	darunter Maschinen ¹	je Beschäftigten ²	Anteil am Umsatz ³
		Mill. DM		DM	In %
FLensburg	62	14,9	12,2	2 000	5,1
KIEL	152	50,6	38,3	1 507	5,6
LÜBECK	150	67,7	50,4	1 870	5,5
NEUMÜNSTER	57	17,1	13,6	1 590	5,4
Kreisfreie Städte	421	150,4	114,5	1 709	5,5
Eckernförde	24	3,6	2,3	1 994	6,5
Eiderstedt	4	0,1	0,1	783	2,5
Eutin	48	6,0	4,5	1 469	3,3
Flensburg-Land	16	3,6	2,4	5 484	15,6
Hzgt. Lauenburg	77	21,4	13,0	2 489	9,0
Husum	11	1,3	0,7	1 830	6,5
Norderdithmarschen	22	2,2	1,5	1 510	5,3
Oldenburg (Holstein)	21	3,0	2,2	2 528	4,1
Pinneberg	182	52,1	31,6	2 634	5,0
Plön	34	27,2	9,2	11 905	23,7
Rendsburg	76	17,3	12,8	1 843	5,4
Schleswig	35	10,4	7,8	2 381	3,3
Segeberg	66	11,9	7,1	2 464	5,7
Steinburg	90	32,6	25,8	3 105	6,5
Stormarn	95	27,8	18,9	3 311	2,5
Süderdithmarschen	33	79,5	69,5	16 864	17,2
Südtondern	5	1,6	1,2	1 704	3,9
Kreise	839	301,6	210,7	3 594	6,4
Schleswig-Holstein	1 260	452,0	325,2	2 630	6,5

1) einschl. maschineller Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

2) ohne Heimarbeiter

3) ohne Handelsware und firmeninterne Lieferungen und Leistungen

an, daß hier von expansiven Industrien neue Produktionsstätten aufgebaut oder vorhandene kräftig erweitert wurden.

Im Landesdurchschnitt entfiel ungefähr ein Viertel des gesamten Investitionsbetrages auf Gebäude und bebaute Grundstücke, in den kreisfreien Städten etwas weniger (23 %), in den Kreisen etwas mehr, nämlich gut 28 %. Auffallend hoch war dieser Anteil im Kreis Plön, wo zwei Drittel für die Errichtung von Betriebsgebäuden und die Anschaffung von bebauten Grundstücken verwendet wurden. Es ist zu vermuten, daß Betriebsverlagerungen aus dem benachbarten Kiel hierbei eine Rolle gespielt haben. Weit unterdurchschnittliche Investitionsaktivität zeigten die (wenigen) Industriebetriebe im Kreis Eiderstedt (783 DM je Beschäftigten, 2,5 % des Umsatzes). Die Anschaffungen von Maschinen, Werkzeugen und anderer Betriebsausstattung stellten mit sieben Zehnteln des gesamten Investitionsvolumens den eindeutigen Schwerpunkt der Investitionstätigkeit überhaupt. Hier waren aber die Betriebe in den kreisfreien Städten mit einem durchschnittlichen Anteil von 76 % führend. Eine Ausnahme machte der Kreis Süder-

dithmarschen, dessen industrielle Investitionen sich zu 87 % aus Maschinen, Werkzeugen und Betriebsausstattung zusammensetzten.

Wenn man den Landesteil nördlich des Nord-Ostsee-Kanals als einen besonderen Wirtschaftsraum betrachten will - die Kreise Eckernförde und Süderdithmarschen ausgenommen, da ihre Wirtschaftsbeziehungen stärker nach Süden als nach Norden tendieren - dann zeigt sich, daß in diesem Gebiet zwar ein Fünftel der schleswig-holsteinischen Bevölkerung lebt, die industriellen Investitionen aber nur 7,7 % der im Lande realisierten Investitionssumme ausmachten. Mit anderen Worten: auf die Bevölkerung bezogen war die industrielle Investitionsintensität hier ein Drittel so groß wie im übrigen Landesgebiet; je Einwohner berechnet wurden im nördlichen Landesteil 74 DM investiert, im südlichen waren es 222 DM.

Investitionen nach Industriegruppen

Vom absoluten Investitionsvolumen her gesehen, rangierte die vielfältige Industriegruppe "Ernährung" mit über 81 Mill. DM an erster

Die Investitionen der Industriebetriebe im Geschäftsjahr 1962 in ausgewählten Industriegruppen

Industriegruppe	Investitionen				
	Insgesamt	darunter		je Beschäftigten ²	Anteil ³ am Umsatz
		Maschinen ¹	Bebaute Grundstücke		
	Mill. DM			DM	in %
Industrie insgesamt	452,0	325,2	119,9	2 630	6,5
darunter					
Ernährungsindustrie	81,4	57,9	22,7	3 263	4,6
Mineralölverarbeitung	70,9	64,8	6,1	31 036	23,4
Maschinenbau	40,7	30,4	10,1	1 749	6,4
Steine und Erden	35,4	27,1	6,2	4 907	11,3
Schiffbau	26,5	21,7	4,6	1 183	4,4
Bergbau	22,0	5,6	16,4	35 608	.
Chemie	20,6	13,3	6,3	3 246	7,9
Elektrotechnik	16,3	12,2	4,0	1 575	5,8
EBM-Industrie	15,6	10,8	4,8	2 448	9,6
Druckerei und Vervielfältigung	15,2	13,2	1,7	2 029	7,6
Kunststoffverarbeitung	13,9	4,4	8,7	10 461	31,2
Papier- und Pappeverarbeitung	12,0	8,4	3,4	3 296	9,7
Textilindustrie	9,8	7,6	2,1	1 198	4,7
Bekleidungsindustrie	6,4	4,0	2,3	839	3,8
Feinmechanik, Optik	5,9	3,8	2,1	963	5,1
Feinkeramische Industrie	5,1	4,4	0,7	1 800	10,2
Holzverarbeitung	5,1	3,4	1,5	1 358	4,5

1) einschl. maschineller Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung

2) ohne Heimarbeiter

3) ohne Handelsware und firmeninterne Lieferungen und Leistungen

Stelle. Es folgt die Mineralölverarbeitung mit 71 Mill. DM. Mit deutlichem Abstand nahm der Maschinenbau (41 Mill. DM) den dritten Platz ein. An vierter Stelle kam die Steine- und Erdenindustrie mit gut 35 Mill. DM. Faßt man diese vier Industrien zusammen, dann ergibt sich eine Investitionssumme von 228 Mill. DM, das ist rund die Hälfte der gesamten industriellen Investitionen in Schleswig-Holstein im Geschäftsjahr 1962. In Maschinen, Werkzeugen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen investierten die o.g. vier Branchen mit 180 Mill. DM sogar reichlich mehr als die Hälfte dieser Investitionsart. Bei der Unternehmensdarstellung war zwar die Ernährungsindustrie auch an erster Stelle (66 Mill. DM), aber die Mineralölverarbeitung kam dabei kaum zur Geltung, da in Schleswig-Holstein keine großen Unternehmen der Mineralölverarbeitung ihren Sitz haben. Dafür stand der Maschinenbau an zweiter Stelle, an dritter der Schiffbau - noch vor der Steine- und Erdenindustrie, die nach beiden Betrachtungsweisen den vierten Platz innehat. Das Bild ändert sich, wenn man statt des absoluten Investitionsumfanges die Investitionen je Beschäftigten als Maßstab nimmt. Der Bergbau² und die Mineralölverarbeitung fallen mit Beträgen von 35 600 DM und 31 000 DM je Beschäftigten stark aus dem Rahmen. Sie investierten weit mehr als den zehnfachen

Betrag, den ein durchschnittlicher Industriebetrieb für einen Beschäftigten aufwendete (2 630 DM). Beachtlich über dem mittleren Investitionsbetrag lag außerdem die kunststoffverarbeitende Industrie mit etwa 10 500 DM je Beschäftigten. Hier wurden auch mehr als 60 % des wertmäßigen Investitionsvolumens für bebaute Grundstücke und Gebäude ausgegeben, was darauf hindeutet, daß dieser "junge" Industriezweig sich weiterhin gute Entwicklungsaussichten verspricht und daher einige Investitionen auf Vorrat getätigt hat. Im Durchschnitt entfiel ungefähr ein Viertel der Investitionen auf bebaute Grundstücke und Gebäude.

Die ledererzeugende Industrie mit 545 DM je Beschäftigten und die Schuhindustrie mit 759 DM je Beschäftigten gehören neben der Bekleidungsindustrie und dem Stahlbau zu den Gruppen mit niedrigsten Werten. Auch der Schiffbau (1 183 DM) und der Maschinenbau (1 749 DM) - um nur einige der bedeutenden Branchen zu nennen - blieben unter dem Durchschnitt.

Transportmittel wurden für 21 Mill. DM angeschafft, mehr als ein Drittel davon in der Ernährungsindustrie. Molkereien, Brotfabriken, Brauereien und weitere Betriebe aus diesem Sektor unterhalten zum Teil umfangreiche Fahrzeugparks, um die benötigten Rohstoffe einerseits und die hergestellten Produkte anderer-

2) in Schleswig-Holstein: Torfwerke und Erdölgewinnungsbetriebe

seits in eigener Regie zu transportieren. Ähnlich verhält es sich bei den Betrieben der Steine- und Erdenindustrie.

Nicht ganz ein Zehntel der Investitionen wurde nicht unmittelbar vom Markt bezogen, sondern in den Betrieben selbst erstellt. Besonderes Gewicht hatte dieser Sachverhalt in der Industriebranche Bergbau, wo aber von den übrigen Industriebetrieben abweichende Verhältnisse gegeben sind. Die Werften fertigten ebenfalls einen beachtlichen Teil - und zwar nicht ganz ein Viertel - ihrer im Berichtszeitraum investierten Anlagegüter selber an.

Stellt man die finanzielle Seite der Investitionstätigkeit in den Vordergrund, dann ist es zweckmäßig, die Investitionen zum Umsatz in Beziehung zu setzen. Alle Industriebetriebe im Lande zusammengekommen hätten 6,5 % ihres Jahresumsatzes aufwenden müssen, um die Investitionen per Kasse zu bezahlen. Da jedoch sowohl aktive als auch passive Kreditierungen

im Wirtschaftsgeschehen die Regel sind, wird sich die "effektive" Belastung des Umsatzes ändern; der Anteilssatz wird kleiner oder größer werden, je nachdem in welcher Richtung und in welchem Umfang Kreditierungen wirksam sind. Industriezweige mit hoher Investitionsintensität wie z. B. die Kunststoffverarbeitung, die 1962 nahezu ein Drittel ihres Jahresumsatzes investierte, dürften kaum in der Lage sein im gleichen Jahr soviel zu "verdienen", daß die Anschaffungen voll bezahlt werden könnten, zumal der Ertrag einer Investition häufig erst in künftigen Perioden anfällt.

Investitionen in der Ernährungsindustrie

Die Ernährungsindustrie hat nicht nur die meisten Beschäftigten und den größten Umsatz unter den Industrien des Landes, sondern auch hinsichtlich des Investitionsvolumens steht sie an erster Stelle. Das große Gewicht der Ernährungsindustrie auf der einen, das Fehlen

Die Investitionen der Industriebetriebe im Geschäftsjahr 1962
in ausgewählten Industriezweigen der Ernährungsindustrie

Industriezweig	Betriebe mit Investitionen	Investitionen				
		insgesamt	darunter		je Beschäftigten ²	Anteil am Umsatz ³
			Maschinen ¹	Bebaute Grundstücke		
		Mill. DM			DM	in %
Molkereien und Käsereien	72	10,9	8,1	2,8	5 147	3,6
Futtermittelindustrie	23	9,6	4,8	4,7	6 109	5,6
Süßwarenindustrie	16	8,8	6,6	2,2	1 964	5,1
Fleischverarbeitende Industrie	25	7,8	5,8	2,0	2 256	3,5
Brotindustrie	24	7,5	5,1	2,3	3 378	9,7
Mahl- und Schälmühlenindustrie	13	5,6	3,6	1,8	4 064	2,8
Brauereien	7	5,2	4,4	0,8	5 904	10,6
Obst- und gemüseverarbeitende Industrie	17	5,2	3,5	1,6	4 103	8,3
Kaffee- und tee- verarbeitende Industrie	6	4,0	4,0	0,0	5 708	5,4
Fischverarbeitende Industrie	34	3,8	2,7	1,1	1 362	3,5
Zuckerindustrie	2	3,6	2,2	1,4	7 505	6,2
Mineralbrunnen-, Mineralwasser- und Limonadenindustrie	12	2,4	1,8	0,5	4 274	12,5
Dauermilch-, Schmelzkäse- und Kaseinwerke	6	2,0	1,5	0,4	1 846	2,5
Spirituosenindustrie	16	1,9	1,2	0,6	3 487	2,7
Alkoholbrennereien und Spiritusreinigungsanstalten	5	1,1	0,8	0,3	5 219	8,0
Margarineindustrie	4	0,6	0,6	0,0	1 385	1,3
Talgschmelzen und Schmalzsiedereien	2					
Mälzereien	1					
Essig-, Senf- und Gewürzindustrie	4					
Stärke- und kartoffelverarbeitende Industrie (ohne Brennerel)	1					
Eisgewinnung	1	1,4	1,2	0,1	1 800	4,9
Herstellung von Dauerbackwaren	1					
Übrige Nahrungsmittelindustrie	2					
Weinverarbeitende Industrie	1					
Ernährungsindustrie insgesamt	295	81,4	57,9	22,7	3 263	4,6
dagegen Industrie insgesamt	1 260	452,0	325,2	119,9	2 630	6,5

1) einschl. maschineller Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung

2) ohne Heimarbeiter

3) ohne Handelsware und firmeninterne Lieferungen und Leistungen

dynamischer Industrien wie Kraftfahrzeugbau und Großchemie auf der anderen Seite kennzeichnet die Industriestruktur des Landes. Die meisten Zweige der Ernährungsindustrie haben nur vergleichsweise beschränkte Expansionsmöglichkeiten, da die Nachfrage nach ihren Produkten - auch bei steigendem Einkommen - nur wenig zunimmt; die Sättigungsgrenze wird hier viel schneller erreicht als z.B. bei Personenkraftwagen. Daher dürften die Investitionen auch mehr der Rationalisierung als der Erweiterung der Produktion gedient haben. Der über dem Mittelwert für die gesamte Industrie liegende Investitionsbetrag je Beschäftigten von 3 263 DM ließe sich damit erklären. Auch die vergleichsweise geringen Investitionen in unbebaute Grundstücke, die im Durchschnitt aller Industriebetriebe 1,5 % der gesamten Investitionen ausmachten, in der Ernährungsindustrie aber nur 0,9 %, deuten in die gleiche Richtung (In der expansiven Kunststoffverarbeitung wurden sogar 6 % der Investitionssumme für unbebaute Grundstücke aufgewendet). Über 70 % des Investitionsbetrages der Ernährungsindustrie ging in Maschinen, Werkzeugen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, 28 % wurden für bebaute Grundstücke und Betriebsgebäude ausgegeben.

Um einen vollständigen Überblick zu geben, sind die schwach besetzten Zweige zwar einzeln angeführt, ihre Angaben mußten aber aus Geheimhaltungsgründen zusammengefaßt werden.

Die Investitionsintensität war mit 4,6 % des Umsatzes (ohne firmeninterne Lieferungen und Leistungen) um einiges geringer als im Durchschnitt aller Industriebetriebe, wo sie 6,5 % betrug. Das wird noch deutlicher, wenn man die Ernährungsindustrie mit den Werten für die Industrie ohne Ernährungssektor, vergleicht. Durch den Fortfall der unterdurchschnittlich investitionsintensiven Ernährungsindustrie erhöht sich der Anteil der Investitionen am Umsatz in der übrigen Industrie auf 7,1 %, oder anders ausgedrückt: Die Investitionsintensität in der Ernährungsindustrie lag etwa um ein Drittel unter dem Niveau der übrigen Industrie. In den einzelnen Zweigen der Ernährungsindustrie schwankten nicht nur die Werte für die Investitionen je Beschäftigten sondern auch die Investitionsintensität war recht unterschiedlich: Mineralwasser- und Limonadenindustrie, Brauereien, aber auch die Brotindustrie befanden sich mit Investitionsraten zwischen knapp 10 % und reichlich 12 % des Umsatzes auf den ersten Plätzen, die Margarineindustrie blieb mit 1,3 % erheblich unter der Mittellinie.

Die Veröffentlichung der Zensusergebnisse wird mit einer Darstellung über Umsätze, Materialverbrauch, Brutto- und Nettoproduktionswerte der Betriebe fortgesetzt.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Methode und erste Ergebnisse des Industriezensus 1963" in *Wirtschaft und Statistik* 1965, S. 359 (Juni)

Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1965

Die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle in Schleswig-Holstein machte in den letzten Jahren bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck, als ob sich ein gleichbleibender Zustand herausgebildet habe. Auch die Ergebnisse für das Jahr 1965 könnten diesen Eindruck festigen. In diesem Jahr ereigneten sich 12 500 Unfälle, bei denen 670 Menschen getötet und 16 800 verletzt wurden. Damit ist die Zahl der Unfälle gegenüber dem Vorjahr um 4% und die der Verunglückten um 3% zurückgegangen. Diese Zahlen entsprechen ungefähr denen von 1963 (12 600 Unfälle, 17 000 Verunglückte). Die Zahl der Unfälle blieb noch unter der des Spitzenjahres 1961 (13 200), die Zahl der Verunglückten übertraf dieses Jahr um 200. Dieses Stagnieren über fünf Jahre hinweg ist aber

nur scheinbar. In der Darstellung der Unfälle des Jahres 1963¹ ist bereits auseinandergesetzt worden, daß die eingehende Analyse einen Strukturwandel zeigt, dessen Tendenz zum Schlechteren hin unverkennbar ist.

Diese Tendenz zeigt sich schon in der trotz etwa gleicher Unfallzahl steigenden Zahl der Verunglückten. Den Strukturwandel sieht man daran, daß sich 1963 62%, 1965 aber nur noch 60% aller Unfälle innerhalb von Ortschaften ereigneten, 1960 waren es noch 68%. Der Schwerpunkt des Unfallgeschehens verschiebt sich also immer mehr zu den Unfällen auf freier Strecke. Die Tabelle zeigt, daß ein großer Teil der Unfälle nicht

¹) Stat. Monatsh. S.-H. 1964, S. 246 ff. (Oktober)

Unfälle mit Personenschaden

Straßenart	Innerhalb				Außerhalb			
	von Ortschaften							
	1964	Ver- änderung gegenüber 1963 in %	1965	Ver- änderung gegenüber 1964 in %	1964	Ver- änderung gegenüber 1963 in %	1965	Ver- änderung gegenüber 1964 in %
Bundesautobahnen					192	+ 2,1	193	+ 0,5
Bundesstraßen	2 503	+ 4,9	2 200	- 12,1	2 640	+ 6,5	2 587	- 2,0
Landstraßen I. O.	1 513	- 4,8	1 411	- 6,7	1 367	+ 6,2	1 416	+ 3,6
Landstraßen II. O.	334	+ 26,0	382	+ 14,4	354	+ 2,9	365	+ 3,1
Andere Straßen	3 670	+ 1,8	3 518	- 4,1	459	+ 2,7	456	- 0,7
Insgesamt	8 020	+ 2,2	7 511	- 6,3	5 012	+ 5,6	5 017	+ 0,1

nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Ortschaften sich auf Bundesstraßen ereignet. Das liegt natürlich daran, daß sich der Verkehr auf diesen Straßen konzentriert. Von den etwa 7 000 Innerortsstraßen sind nur 400 km Bundesstraßen. Auf diesen 5 % des Straßennetzes ereignen sich 29 % der Unfälle, umgekehrt auf den 78 %, die die "anderen Straßen" bilden, nur 47 % der Unfälle. Die freien Strecken der Straßen im Lande betragen über 16 000 km. Nur 9 % davon sind Bundesstraßen. Hier geschehen aber 52 % der Unfälle. Auf den 59 % des Netzes, die Gemeindestraßen sind, spielen sich dagegen nur 9 % der Unfälle ab. Diese Zahlen werden in allererster Linie von der Verkehrsbelastung der Straßen bestimmt, danach erst von ihrem Ausbauzustand. Sie zeigen also nur die räumlichen Schwerpunkte des Unfallgeschehens.

Das Unfallgeschehen selbst wird am besten anhand der Zahl der Getöteten und Schwerverletzten verfolgt. Obwohl 1965 geringfügig

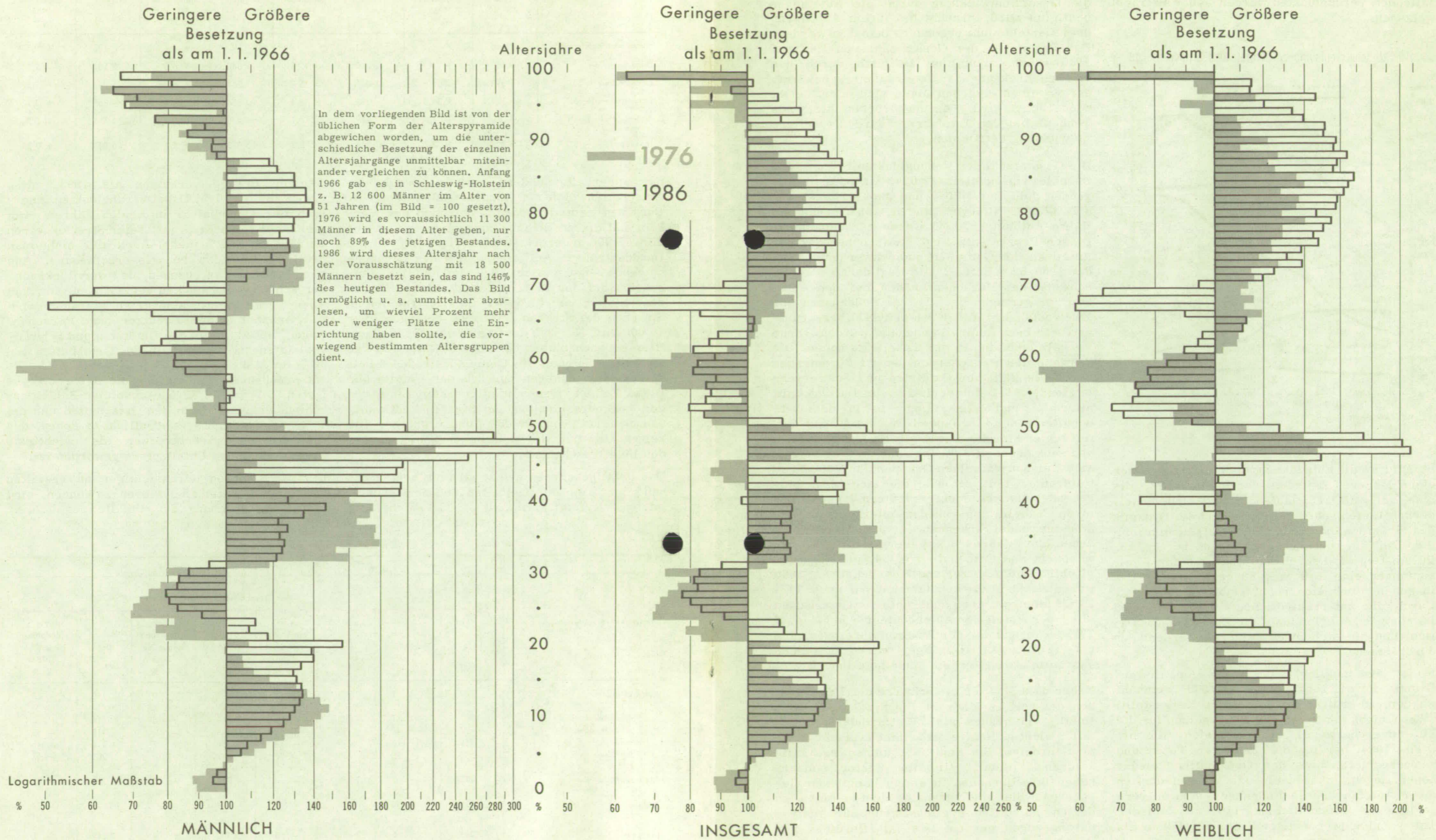
weniger Unfälle vorkamen als 1963, stieg deren Zahl um 4 %. Dabei verunglückten innerhalb der Ortschaften in beiden Jahren etwa gleichviel Menschen, auf freier Strecke waren es 1965 aber 8 % mehr. Auch hier sieht man deutlich die Schwerpunktsverschiebung. Aus der Tabelle ist zu ersehen, daß der Rückgang, der von 1964 auf 1965 zu verzeichnen war, von allen Verkehrsteilnehmerarten getragen wird mit Ausnahme der Benutzer von Personewagen. Ihr Anteil an den Getöteten und Schwerverletzten stieg innerhalb der Ortschaften von 30 % im Jahre 1963 auf 32 % im Jahre 1965. Die entsprechenden Zahlen für die freie Strecke lauten 65 % und 72 %. Die absoluten Zahlen erhöhten sich um 7 % in den Ortschaften und um 19 % außerhalb. Es ist deutlich zu sehen, daß der Personewagenbenutzer die wichtigste Gruppe unter den Unfallopfern geworden ist.

Um die Situation durchsichtiger zu gestalten und damit leichter analysieren zu können, sind in der Besprechung der Unfälle des Jahres

Getötete und Schwerverletzte

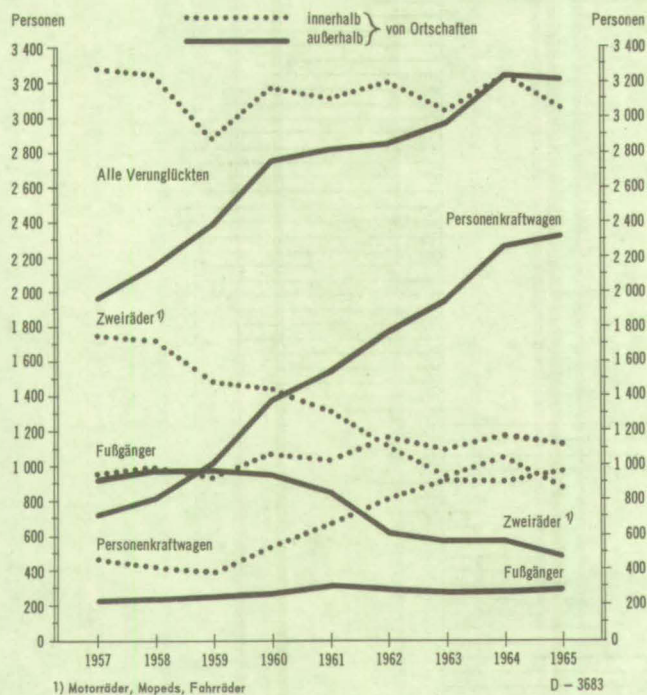
Art der Verkehrsbeteiligung	Innerhalb				Außerhalb			
	von Ortschaften							
	1964	Ver- änderung gegenüber 1963 in %	1965	Ver- änderung gegenüber 1964 in %	1964	Ver- änderung gegenüber 1963 in %	1965	Ver- änderung gegenüber 1964 in %
Auf Krafträdern	289	- 1	238	- 18	189	- 19	160	- 15
Personenkraftwagen	901	- 1	973	+ 8	2 264	+ 16	2 314	+ 2
Lastkraftwagen	74	+ 40	50	- 32	116	- 14	110	- 5
Mopeds	262	+ 13	229	- 13	134	+ 7	114	- 15
Fahrrädern	505	+ 20	416	- 18	242	+ 14	202	- 17
Als Fußgänger	1 171	+ 7	1 123	- 4	277	+ 0	288	+ 4
Andere	23	- 30	24	+ 4	34	- 29	24	- 29
Insgesamt	3 225	+ 6	3 053	- 5	3 256	+ 9	3 212	- 1

Besetzung der Altersjahrgänge der Bevölkerung Schleswig-Holsteins in 10 und 20 Jahren im Vergleich zur jetzigen Besetzung



1963 drei Gruppen von Unfallopfern gebildet worden. Es wurden die Getöteten und Schwerverletzten zusammengefaßt nach Fußgängern, Pkw-Benutzern und Zweiradfahrern. Unter dieser letzten Gruppe waren Benutzer von Motorrädern, Mopeds und Fahrrädern zu verstehen. Die wenigen nicht in diese Gruppen fallenden Verunglückten wurden außer Betracht gelassen.

Bei Straßenverkehrsunfällen Getötete und Schwerverletzte



Im Bild ist die Entwicklung dieser Gruppen über einen längeren Zeitraum dargestellt. Die teils auf-, teils abwärts laufenden und sich schneidenden Linien geben ein gutes Bild der Dynamik des Strukturwandels. In beiden Ortslagen nimmt die Zahl für die Personenwagenbenutzer zu. Ihr Anstieg wird durch das Absinken der Zweiradfahrer eine Zeit lang ausgeglichen, so daß insgesamt sich eine recht stabile Zahl ergibt. Durch die unterschiedlichen Änderungsraten ist aber der Ausgleich auf die Dauer nicht möglich, und die steigenden Faktoren werden sich durchsetzen.

Es ist jetzt möglich, die Voraussagen, die auf Grund der Ergebnisse von 1963 gemacht wurden, zu prüfen. Damals wurde festgestellt: "Wenn nicht von hier (der Neuregelung für die Fußgängerüberwege) ein Ausgleich kommt, wird 1964 bereits die Zahl der Toten und Schwerverletzten in den Ortschaften wieder höher liegen. In zwei bis drei Jahren dürften mehr Autofahrer als Fußgänger schwer verunglücken." Tatsächlich lag 1964 die Zahl der Toten und Schwerverletzten um 200 höher als

im Vorjahre. Für 1965 schuf der starke Rückgang bei den Zweiradfahrern um 16 % noch einmal einen Ausgleich, doch dürfte damit diese Gruppe endgültig die kleinste geworden sein. Die Autofahrer sind zwar noch nicht auf den ersten Platz gestiegen, nähern sich aber deutlich diesem Ziel. Daß auf freier Strecke die Gesamtentwicklung durch die Autofahrer bestimmt wird, braucht bei ihrem Anteil von drei Vierteln nicht besonders betont zu werden. Das Stagnieren der Gesamtzahl von 1964 auf 1965 wurde auch hier lediglich durch den starken Rückgang der Zweiradfahrer bewirkt, der in einem solchen Maße sich nicht leicht wiederholen wird. Die ungebrochen steigende Tendenz bei den Autofahrern wird die weitere Entwicklung bestimmen.

Die Gesamtzahl der Verunglückten betrug 1963 in Schleswig-Holstein 17 034. Sie stieg im folgenden Jahr auf 18 076 und sank 1965 wieder auf 17 507. Hiervon waren 1963 genau die Hälfte Autofahrer, 1965 waren es schon 58 %. Dieser Prozentsatz liegt etwas höher als der Anteil an den Getöteten und Schwerverletzten, der 1965 52 % betrug. Das liegt daran, daß die Schwere der Personenschäden bei den Autofahrern geringer ist als bei Fußgängern und Zweiradfahrern, die durch keinen Fahrzeugaufbau bei einem Aufprall geschützt werden. Diese Verhältnisse sind in der Tabelle zu sehen. Die Schwere der Personenschäden wird gemessen durch die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten je 10 Leichtverletzte. Im Durchschnitt aller Verunglückten stieg sie in den Ortschaften von 4,5 im Jahre 1963 über 4,6 auf 4,7. Auf freier Strecke betrug sie 1963 und 1964 7,0 und sank dann auf 6,8. Von Jahr zu Jahr zeigen sich bei den einzelnen Gruppen der Verkehrsteilnehmer Unterschiede, die sich ohne eingehende Analyse nicht erläutern lassen. Die in der Tabelle angegebenen Anteile lassen den Strukturwandel erkennen, wenn man sie mit denen des Jahres 1963 vergleicht. Damals waren in den Ortschaften je 36 % der Verunglückten Autobenutzer und Zweiradfahrer, 1965 waren es 41 % Autobenutzer und nur noch 30 % Zweiradfahrer. Auch außerhalb der Ortschaften stieg der Anteil der Autobenutzer von 69 % auf 77 %, während der der Zweiradfahrer von 17 % auf 12 % sank. Fußgänger waren in beiden Jahren in etwa gleichem Maße beteiligt.

Neben dem Maß für die Schwere der Personenschäden ist die Maßzahl für die Schwere der Unfälle, gemessen als "Verunglückte je Unfall", wichtig. Beides sind einfach verständliche Strukturdaten. Sie sind aber keineswegs Indikatoren für einen bestimmten Faktor, sondern haben ihre Ursachen in einem komplexen Geschehen. Sie sind deshalb nicht einfach zu deuten und sollten möglichst beide zur Analyse herangezogen werden. Das ist allerdings nur

Verunglückte in Schleswig-Holstein 1965

Art der Verkehrsbeteiligung	Innerhalb			Außerhalb		
	von Ortschaften					
	Verunglückte		Schwere ¹ der Personen- schäden	Verunglückte		Schwere ¹ der Personen- schäden
Anzahl	In %	Anzahl		in %		
Auf Krafträdern	805	8	4,2	313	4	10,5
Personenkraftwagen	3 934	41	3,3	6 151	77	6,0
Lastkraftwagen	217	2	3,0	348	4	4,6
Mopeds	707	7	4,8	241	3	9,0
Fahrrädern	1 392	15	4,3	395	5	10,5
Als Fußgänger	2 338	25	9,2	438	5	19,2
Andere	145	2	2,0	83	1	4,1
Insgesamt	9 538	100	4,7	7 969	100	6,8

1) Getötete und Schwerverletzte je 10 Leichtverletzte

möglich, wenn der Betrachtung die Unfälle als Einheit zugrunde liegen, da nur dann die Schwere der Unfälle definiert ist.

In den in dieser Betrachtung verglichenen Jahren 1963 und 1965 stieg die Schwere der Unfälle von 1,35 Verunglückten je Unfall auf 1,40. Gleichzeitig erhöhte sich die Schwere der Personenschäden von 5,4 Getöteten und Schwerverletzten je 10 Leichtverletzte auf 5,6. Die Zunahme der Schwere der Unfälle ist wesentlich bedingt durch den Strukturwandel, durch den immer mehr Autos an Unfällen beteiligt sind. Bei einem Unfall zwischen Fußgänger und Motorradfahrer sind nur zwei Menschen betroffen. Stoßen aber zwei Autos zusammen, so können acht und noch mehr Leute beteiligt sein. Entsprechend mehr können auch verunglücken. Daneben spielen auch Faktoren wie Erhöhung der körperschädigenden Kräfte, aber auch Verbesserung der Schutzvorrichtungen eine Rolle. Die Unterscheidung nach Unfallarten gibt hierüber einen Überblick:

Unfallart	Schwere der			
	Unfälle		Personenschäden	
	inner- orts	außer- orts	inner- orts	außer- orts
Unfälle aller Art	1,27	1,59	4,7	6,8
darunter				
Zusammenstoß zwischen fahrenden Fahrzeugen	1,38	1,85	3,4	6,7
Auffahren auf ein voran-fahrendes oder vorüber-gehend haltendes Fahrzeug	1,23	1,59	2,5	3,8
Auffahren auf einen Gegen-stand neben der Fahrbahn	1,42	1,50	6,4	8,9
Unfall zwischen Kraftfahrzeug und Fußgänger	1,11	1,24	8,8	14,2

Am "leichtesten" sind die Unfälle mit Fußgängern, da hier besonders wenig Menschen beteiligt sind. Die hierbei auftretenden Personenschäden sind aber weit über dem Durchschnitt schwer. Unter den Unfällen zwischen Fahrzeugen sind die durch Auffahren auf ein voran-fahrendes oder vorübergehend haltendes Fahrzeug wegen der geringen Auftreffwucht verhältnismäßig leicht und führen auch nur zu relativ leichten Personenschäden. Anders sieht es dagegen bei den frontalen oder seitlichen Zusammenstößen aus. Sie sind auf freier Strecke die weitaus schwersten Unfälle, doch liegen ihre Personenschäden wohl wegen des großen Anteils relativ schützender Autos im Durchschnitt. Bemerkenswert sind die Unfälle durch Auffahren auf einen Gegenstand neben der Fahrbahn. Es sind dies meist Alleinunfälle, bei denen der Fahrer von der Fahrbahn abkam. Der Unterschied der Unfallschwere zwischen beiden Ortslagen ist hier am geringsten, was wohl daran liegt, daß sich die Unfälle nach Ablauf, Art der Teilnehmer und Fahrzeugbesetzung sehr ähneln. Der wesentliche Unterschied dürfte die Geschwindigkeit sein. Sie bedingt wohl auch den erheblichen Unterschied in der Schwere der Personenschäden, die im übrigen in beiden Ortslagen erheblich über dem Durchschnitt liegt. Auch aus diesen Zahlen ergibt sich die besondere Bedeutung der Alleinunfälle.

Für den oberflächlichen Betrachter scheint die Entwicklung der Alleinunfälle nicht beunruhigend. In den Ortschaften waren es 1963 1 077 und 1965 1 061, auf freier Strecke stieg die Zahl von 1 878 auf 2 018. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich aber ein steiles Ansteigen der Alleinunfälle von Personenwagen, das durch den Rückgang bei den Zweirädern ausgeglichen oder doch gemildert wurde. Ein-

zeln verunglückten 1963 in den Ortschaften 589 Autos und außerhalb 1 485. Im Jahre 1965 waren es jeweils 17 % mehr, nämlich 688 und 1 742. Wegen der besonders schweren Folgen dieser Unfälle ist dieser Anstieg beunruhigend.

Auch bei den Unfällen zwischen zwei Verkehrsteilnehmern zeigt sich deutlich der Strukturwandel. Man sieht dies, wenn man stark zusammenfaßt:

	Unfälle mit 2 Teilnehmern			
	Innerorts		außerorts	
	1963	1965	1963	1965
nur Pkw-Beteiligung	17 %	20 %	32 %	40 %
mit Pkw-Beteiligung	63 %	63 %	53 %	49 %
ohne Pkw-Beteiligung	20 %	17 %	15 %	11 %

Nimmt man die Unfälle mit ein und zwei Beteiligten zusammen, so steigt der Anteil jener Unfälle, an denen nur Personenwagen beteiligt sind, für 1965 auf 27 % bzw. 60 %.

Wer mit wem kollidiert, zeigen die beiden nachfolgenden Tabellen. Sie enthalten nur die Unfälle mit zwei Beteiligten im Jahre 1965.

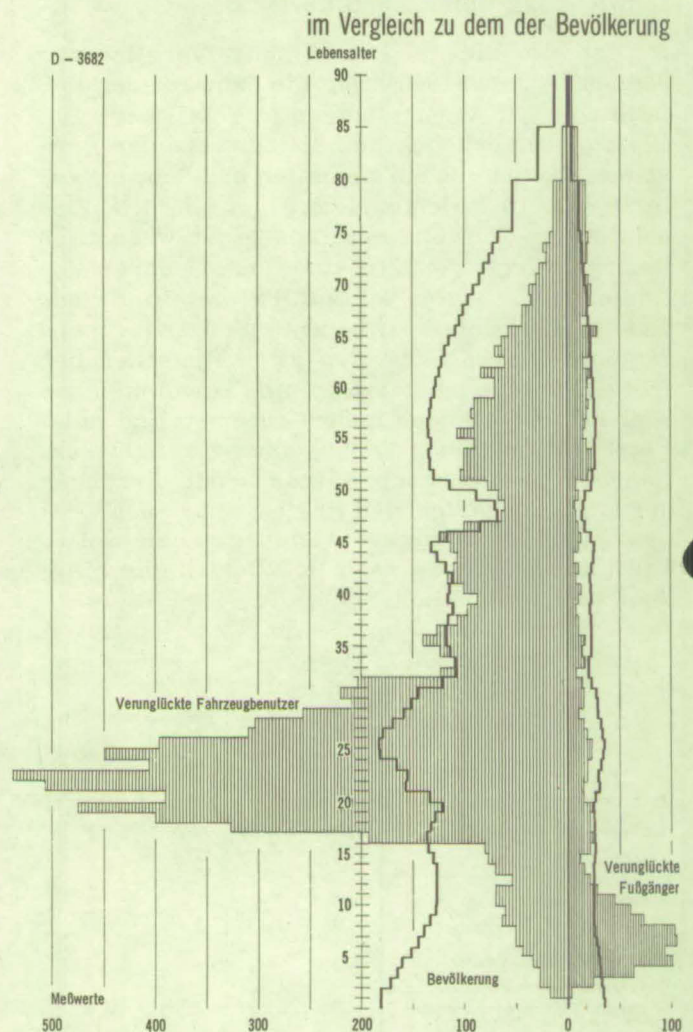
Innerorts	Pkw	2-Rad	Fußgänger	Sonstige
Pkw	1 156	1 687	1 586	465
2-Rad	1 687	152	257	271
Fußgänger	1 586	257	.	240
Sonstige	465	271	240	55
Insgesamt	4 894	2 367	2 083	1 031

An über vier Fünfteln der 5 869 Unfälle waren Personenwagen beteiligt, an zwei Fünfteln Zweiradfahrzeuge und an einem guten Drittel Fußgänger. Die "Sonstigen" sind vorwiegend Lastkraftwagen. In den Anteilen sind Doppelzählungen wegen der Unfälle mit verschiedenartigen Beteiligten. Von den 2 594 Unfällen auf freier Strecke ereigneten sich neun Zehntel unter Beteiligung von Personenautos, an einem Viertel waren Zweiradfahrer und nur an jedem siebten Fußgänger beteiligt.

Außerorts	Pkw	2-Rad	Fußgänger	Sonstige
Pkw	1 041	534	284	447
2-Rad	534	31	30	96
Fußgänger	284	30	.	47
Sonstige	447	96	47	84
Insgesamt	2 306	691	361	674

Die unterschiedliche Gefährdung der Verkehrsteilnehmer je nach der Art des benutzten Fahrzeuges oder als Fußgänger hängt auch mit dem Lebensalter zusammen. Es ergibt sich damit eine ganz verschiedene Gefährdung der einzelnen Altersjahrgänge. In dem Bild ist der Altersaufbau aller Verunglückten dargestellt ohne Rücksicht auf die Ortslage des Unfalles. Es ist jedoch unterschieden zwischen Fußgängern einerseits und allen übrigen andererseits. Das sind fast ausschließlich Fahrzeugbenutzer, von denen etwa zwei Drittel in einem Personenwagen fahren. Die Maßstäbe sind für beide Gruppen gleich gewählt, so daß die Breiten addierbar sind. Zum Vergleich ist der Altersaufbau der gesamten Bevölkerung eingezeichnet. Das ist jedoch zweimal mit unterschiedlichen Maßstäben geschehen, die so gewählt worden sind, daß die Gesamtsumme einmal der Summe aller verunglückten Fußgänger entspricht, das andere Mal allen übrigen Verunglückten.

Altersaufbau der im Straßenverkehr Verunglückten



Der aus dieser Darstellung abgeleitete Schluß auf eine Gefährdung bringt alle Faktoren ins Spiel, von denen die unterschiedliche Verkehrsbeteiligung einer der wichtigsten ist.

Hier wäre ein Vergleich interessant, bei dem man diesen Faktor eliminieren und auf gleiche Intensität der Verkehrsbeteiligung aller Jahrgänge umrechnen könnte. Es blieben dann nur die übrigen Faktoren. Da viele von ihnen nicht in der Person des Verunglückten liegen, z. B. bei Mitfahrern oder schuldlos Verunglückten, ist aber auch hier die Aussage beschränkt. Der Vergleich mit der Bevölkerung ist der umfassendste, der zudem noch den Vorteil hat, daß er sich durchführen läßt.

Auf dem Bild erkennt man deutlich bestimmte Altersgruppen mit unter- oder überdurchschnittlicher Gefährdung. So sind die drei jüngsten Jahrgänge mit 5,4% an der Bevölkerung beteiligt, aber nur mit 1,4% an den verunglückten Fußgängern und mit 0,5% an den übrigen Unfallopfern. Diese Zahlen erklären sich natürlich dadurch, daß diese kleinen Kinder nur selten am Straßenverkehr teilnehmen. Es verunglückten von ihnen wesentlich mehr als Mitfahrer als beim Spielen oder Laufen auf der Straße. Unter den Fußgängern fällt dann die Gruppe der 3- bis 10jährigen auf. Einem Bevölkerungsanteil von 11,5% stehen 34,3% der Verunglückten gegenüber. Es sind dies die Altersjahrgänge, die schon unbeaufsichtigt auf der Straße spielen oder Schul- und andere Wege erledigen. Sie lernen aber in diesen Jahren sehr schnell, sich dem Verkehr anzupassen. Jedenfalls zeigt die Gruppe der 11- bis 15jährigen nur noch einen Teil von 5,3% der Verunglückten, der unter dem Bevölkerungsanteil von 6,5% liegt. Trotz steigender Verkehrsbeteiligung ist dies gute Resultat erreicht worden. Auch unter den Fahrzeugbenutzern ist diese Gruppe mit nur 3,5% vertreten, obwohl es doch gerade das Radfahralter ist. Die nun gewonnene Sicherheit bleibt in den höheren Altersgruppen der Fußgänger erhalten. Verhältnismäßig am niedrigsten sind die 32- bis 49jährigen mit 9,4% beteiligt bei einem Bevölkerungsanteil von 19,5%. Erst die alten Leute sind wieder stärker gefährdet. Auf die ganze Gruppe von 11 bis zu 69 Jahren entfällt die Hälfte der verunglückten Fußgänger, obwohl dies drei Viertel der Bevölkerung sind. Die Menschen von 70 und mehr Jahren machen 8,7% der Bevölkerung aus. Obwohl sie sich seltener als Jüngere auf der Straße zeigen dürften, stellen sie 14,0% der Unfallopfer. Die Relation ist nicht so ungünstig wie bei den 3- bis 10jährigen, doch dürfte das zum guten Teil auf die verschieden starke Verkehrsbeteiligung zurückzuführen sein.

Unter den Fahrzeugbenutzern sind die jüngsten Jahrgänge bis zu 15 Jahren wenig gefährdet. Sie machen 23,4% der Bevölkerung aus, aber

nur 8,0% der Unfallopfer. Dabei spielt natürlich eine Rolle, daß sie selber außer Fahrrädern noch kein Fahrzeug führen dürfen. Als Mitfahrer treten sie meist bei der Generation der Eltern auf, die ihrerseits nur durchschnittlich gefährdet ist. Das wird grundlegend anders, sowie sie selber fahren dürfen oder gleichaltrige Fahrer begleiten. Die Gruppe der 16- bis 31jährigen, die nur 24,3% der Bevölkerung ausmacht, umfaßt 55,8% der Verunglückten. Die fünf Jahrgänge der 18 bis 22 Jahre alten bilden 7,0% der Bevölkerung, an den Verunglückten haben sie aber einen Anteil von 23,1%. Die Relation ist hier ähnlich ungünstig wie bei den 3- bis 10jährigen Fußgängern. Die Anpassung an die Erfordernisse des Verkehrs erfolgt aber bei den Kraftfahrern wesentlich langsamer. Erst von 32 Jahren ab bildet sich ein gleicher Anteil heraus. Die Gruppe der 32- bis 49jährigen ist mit 18,8% an den Verunglückten und mit 19,5% an der Bevölkerung beteiligt. Mit höherem Alter bessert sich das Verhältnis, zunächst wohl wegen des ruhigeren und sichereren Fahrstils, dann auch wegen geringerer Verkehrsbeteiligung. Jedenfalls bilden die 50- bis 69jährigen bei 24,2% Bevölkerungsanteil nur 15,1% der Verunglückten. Die Menschen von 70 und mehr Jahren, die 8,7% der Bevölkerung ausmachen, haben an den Verunglückten nur noch einen Anteil von 2,2%.

Es sind viele Ursachen, die zu dieser großen Zahl von Unfällen mit ihren zahlreichen Opfern geführt haben. Unter ihnen die wichtigste ist die Teilnahme am Straßenverkehr unter Alkoholeinfluß. Ihre Wichtigkeit liegt nicht nur in ihrer Häufigkeit, sondern vor allem darin, daß sie sich zum Schlechteren hin entwickelt, obwohl das Trinken von Alkohol völlig dem freien Willen unterliegt. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt die Tabelle:

Jahr	Unfälle		Ursache Alkoholeinfluß		Verhältnis "Alkohol" zu Unfällen in %	
	innerorts	außerorts	innerorts	außerorts	innerorts	außerorts
1960	8 921	4 264	931	708	10,4	16,6
1961	8 746	4 454	921	685	10,5	15,4
1962	8 429	4 539	1 071	802	12,7	17,7
1963	7 845	4 744	1 122	823	14,3	17,3
1964	8 020	5 012	1 135	909	14,2	18,1
1965	7 511	5 017	1 058	881	14,1	17,6

Von 1960 auf 1961 ging die Ursache "Alkoholeinfluß" etwas zurück, danach stieg sie aber bis 1964 an. Zum Vergleich muß man sie mit der Unfallentwicklung in Beziehung setzen. Alkoholunfälle sind häufig Alleinunfälle, aber

auch unter den Unfällen mit zwei Beteiligten sind nur wenige, bei denen beide Beteiligte Alkohol getrunken hatten. Man darf also ohne großen Fehler die Zahl der Unfälle, bei denen Alkohol eine Rolle spielte, gleich der entsprechenden Ursachenzahl setzen. Zumindest verschleiert die gleichmäßige Anwendung dieses Verfahrens die Entwicklung nicht. In den beiden letzten Spalten der Tabelle ist auf diese Weise der Anteil der Alkoholunfälle errechnet worden. Man sieht, daß er von 1960 auf 1964 in beiden Ortslagen erheblich gestiegen ist. Bemerkenswert ist auch, daß er auf freier Strecke wesentlich größer ist. Das dürfte daran liegen, daß es im Bereich der Ortschaften leichter ist, nach Alkoholgenuß den Wagen stehen zu lassen und auf andere Weise nach Hause zu kommen. Die schärfere Überwachung durch die Polizei erhöht hier auch das Risiko. Anders ist es, wenn man, wie es immer häufiger geschieht, über Land gefahren ist. Mangelnde Unterkunft oder Berufspflichten zwingen zur Rückkehr um jeden Preis, der dann oft genug auch mit Blut und Leben gezahlt wird.

Das zweite Gesetz zur Sicherung des Straßenverkehrs hat ab Jahresbeginn 1965 die Strafandrohung für Fahren unter Alkoholeinfluß heraufgesetzt und damit das Risiko erhöht. Diese Tatsache wirkte sich in einem Rückgang der Ursache "Alkohol" aus, der auch die Anteile senkte. Erfahrungsgemäß hält eine solche Wirkung nur eine Zeit vor. Es ist also zu prüfen, ob eine grundlegende Änderung oder nur eine kurzfristige Unterbrechung der Entwicklung eingetreten ist. Hierzu seien die Halbjahre 1964 und 1965 verglichen. Es ergibt sich hierfür:

Halbjahr	Verhältnis "Alkohol" zu Unfällen	
	Innerorts	außerorts
1. Hj. 1964	14,3 %	18,3 %
2. Hj. 1964	14,0 %	18,0 %
1. Hj. 1965	13,1 %	16,8 %
2. Hj. 1965	14,8 %	18,1 %

Zunächst zeigt die Teilung von 1964, daß die Zahlen eine gewisse Saisonentwicklung

zu besitzen scheinen, was angesichts der sonstigen starken Saisonabhängigkeit des Unfallgeschehens nicht weiter wundert. Man sieht aber auch weiter, daß zwar das 1. Halbjahr 1965 sich gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum verbessert hat, zwischen den 2. Halbjahren aber wieder ein Anstieg zu verzeichnen ist. Innerorts werden damit die vorhergehenden Jahreszahlen übertroffen, außerorts der Höchststand wieder erreicht. Man kann das Gleiche mit den 1. Vierteljahren machen, wobei man dann 1966 noch hinzuziehen kann. Das ergibt die folgende Übersicht:

1. Vierteljahr	Verhältnis "Alkohol" zu Unfällen	
	Innerorts	außerorts
1964	17,2 %	17,6 %
1965	12,9 %	14,1 %
1966	15,4 %	19,2 %

Auch hier zeigt sich das Ansteigen nach dem Rückgang zu Beginn des Jahres 1965. Die Zahl für die freie Strecke scheint sogar den früheren Trend wieder aufzunehmen. Man darf daraus schließen, daß die abschreckende Wirkung der erhöhten Strafandrohung verpufft ist und daß diejenigen, die hier zu Verstößen neigen, sich inzwischen an das erhöhte Risiko gewöhnt haben. Das ist um so bedauerlicher, als gerade alkoholbedingte Unfälle besonders schwer sind. Der vorherrschende Typ ist der Alleinunfall, bei dem durch überhöhte Geschwindigkeit das Fahrzeug von der Straße abkam. Die besondere Schwere der Folgen dieser Unfälle wurde schon oben erwähnt. Häufig handelt es sich hierbei auch noch um junge Fahrer, deren besondere Gefährdung ebenfalls gezeigt wurde. "Alkoholbedingte Alleinunfälle junger Personwagenfahrer auf freier Strecke", in diesem Typ laufen alle bedenklichen Entwicklungen zusammen. Jeder Erfolg in der Unfallbekämpfung an dieser Stelle wirkt sich auch für das Ganze nachhaltig aus.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Vergleiche auch: "Straßenverkehrsunfälle 1965 (vorläufiges Ergebnis)" in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 212 (März)

Die Entwicklung der Spareinlagen in Schleswig-Holstein 1963 bis 1965

Der Bestand an Spareinlagen bei den schleswig-holsteinischen Kreditinstituten hat in den letzten Jahren weiterhin erheblich zugenommen. Er stieg in den drei Jahren vom 1. 1. 1963 bis zum 31. 12. 1965 um 1,173 Mrd. DM auf 3,178 Mrd. DM an. Dies entspricht einer Steigerung um 59%. Der Zuwachs entstand zu gut drei Vierteln aus dem Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen (knapp 900 Mill. DM); ein Viertel der Zunahme entstand durch Gutschriften von Zinsen (etwa 270 Mill. DM).

Die Bewegung der Spareinlagen 1963 bis 1965
in Schleswig-Holstein

	1964			1965		
	1963 Mill. DM	Mill. DM	Ver- änderung gegen- über 1963 in %	Mill. DM	Ver- änderung gegen- über 1964 in %	
Stand am Jahresanfang	2 005	2 360	+ 18	2 729	+ 16	
Einzahlungen	1 281	1 503	+ 17	1 835	+ 22	
Auszahlungen	1 001	1 224	+ 22	1 496	+ 22	
Überschuß der Einzahlungen	279	279	0	339	22	
Zinsgutschriften	73	87	+ 19	110	+ 26	
Stand am Jahresende ¹	2 360	2 729	+ 16	3 178	+ 16	

1) Geringe Differenzen bei der Bestandsfortschreibung ergeben sich durch Veränderung des Berichtskreises in den Jahren 1963 und 1964

Einzahlungen und Auszahlungen haben sich während des Berichtszeitraumes kräftig ausgedehnt. Hierbei erhöhten sich die Auszahlungen im Jahre 1964 relativ stärker als die Einzahlungen. Ohne Berücksichtigung der Zinsgutschriften war daher im Jahre 1964 der Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen nicht höher als 1963, nämlich 279 Mill. DM. Im Jahre 1965 erreichte der Saldo der Ein- und Auszahlungen einen neuen Höchststand. Es wurden bei den Kreditinstituten 339 Mill. DM mehr auf Sparkonten eingezahlt als abgehoben.

Relativ am stärksten erhöhten sich die Zinsgutschriften, und zwar allein im Jahre 1965 um 26% gegenüber dem Vorjahre auf 110 Mill. DM. Neben dem höheren Bestand an Spareinlagen ist dieser Anstieg auf die zweimalige Heraufsetzung der amtlichen Zinssätze während des Jahres 1965 zurückzuführen. Der Zins für Spareinlagen mit gesetzlicher

Kündigungsfrist wurde von 3 ¼ % über 3 ½ % auf 3 ¾ % erhöht. Für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von einem bis zu zweieinhalb Jahren stieg er sogar von 4% über 4 ½ % auf 5% an.

Das Prämiensparen

Die dargestellte Entwicklung beruht nicht nur auf dem während des Berichtszeitraumes ständig gestiegenen Einkommen der privaten Haushalte, sondern auch auf den in stärkerem Maße in Anspruch genommenen staatlichen Sparförderungsmaßnahmen. Hier ist insbesondere das Sparprämiengesetz vom 5. 5. 1959 zu nennen, das zum Ziel hat, breiten Bevölkerungskreisen die Vermögensbildung zu erleichtern. Das Gesetz sieht eine einmalige Prämie auf den eingezahlten Sparbetrag in Höhe von 20 bis 30% je nach Familienstand und Kinderzahl aus öffentlichen Mitteln vor. Außerdem werden die angesammelten Beträge nach den üblichen Sätzen verzinst. Dies bedeutet bei einem Kapitalansammlungsvertrag von fünfjähriger Laufzeit eine Effektivverzinsung von mindestens 11% pro Jahr. Eine derartig hohe Verzinsung ist auf dem Kapitalmarkt in der Regel nicht zu erreichen.

Prämienbegünstigte Einlagen

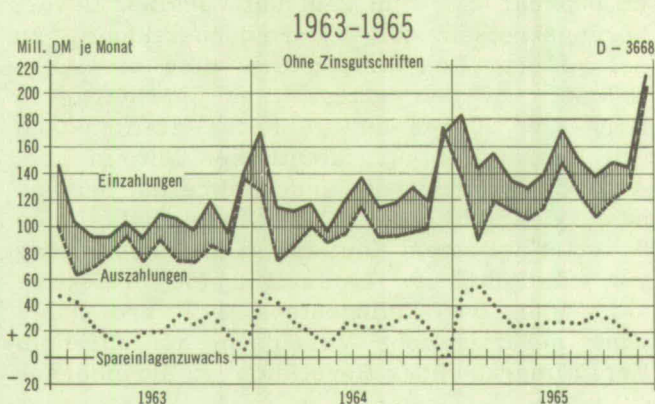
Jahresanfang	Spareinlagen insgesamt Mill. DM	darunter prämienbegünstigt	
		Mill. DM	%
1963	2 005	115	5,8
1964	2 360	177	7,5
1965	2 729	244	8,9
1966	3 178	313	9,9

Der Anteil der prämienebegünstigten Einlagen an den gesamten Spareinlagen ist in der Berichtszeit erheblich gestiegen. Er betrug Ende 1965 fast 10%. Dieser Satz mag im Verhältnis zu den gesamten Spareinlagen niedrig erscheinen. Es verdient jedoch hervorgehoben zu werden, daß das prämienebegünstigte Sparen nur bis zu einer gewissen Höchstgrenze möglich ist. Sie beträgt z. Z. für Verheiratete ohne Kinder 1.200 DM jährlich. Das prämienebegünstigte Sparen sieht also verhältnismäßig niedrige Sparbeträge vor. Unter diesem Gesichtspunkt machen 10% der gesamten Spareinlagen doch eine beachtliche Sparleistung aus, die sich auf eine Vielzahl von Einlegern verteilt.

Saisonale Unterschiede

Die Höhe der Ein- und Auszahlungen auf Sparkonten schwankt während des Jahresablaufs erheblich. Die größte Bewegung fällt in die Zeit um die Jahreswende. Im Dezember sind regelmäßig die Auszahlungen am höchsten und im Januar die Einzahlungen. Daneben hat sich in den Jahren 1964 und insbesondere 1965 eine zweite Saisonspitze zu Beginn der Ferienzeit während des Monats Juli herausgebildet. Die Schwankungen in der Kontenbewegung spiegeln ein Abbild der Verbrauchsgewohnheiten der Sparer wider. Sie beweisen, daß heutzutage in erheblichem Maße bei Kreditinstituten auf Konto gespart wird, um größere Anschaffungen, Weihnachtsgeschenke oder z. B. die Sommerreise zu finanzieren.

Einzahlungen und Auszahlungen auf Sparkonten



Das eigentliche Sparziel hat sich gegenüber früher geändert. Das typische Sparen für die Altersvorsorge oder für Notzeiten auf Sparkonten gibt es heute wahrscheinlich längst nicht mehr so häufig wie früher. Statt dessen legen die Sparer das Geld oftmals nur solange an, wie es ihnen infolge der staatlichen Vergünstigungen eine hohe Rendite verspricht. Sind die mit der Vergünstigung verbundenen Festlegungsfristen abgelaufen, so erscheint das Sparen im Vergleich zur Kaufkraftentwicklung nicht mehr lohnend genug, und die Beträge werden abgehoben. Die Anlage in Sachvermögen bietet unter diesen Verhältnissen den größeren Vorteil.

Der Spareinlagenzuwachs (Saldo der Ein- und Auszahlungen ohne Zinsgutschriften) ist dementsprechend ebenfalls regelmäßig erheblichen Schwankungen unterworfen. Er war 1963 und 1964 im Januar am größten, im Jahre 1965 im Februar. Den tiefsten Stand erreichte er im Dezember. Im Jahre 1964 ist sogar im Dezember "entspart" worden, d. h. die Auszahlungen waren in diesem Monat höher als die Einzahlungen. Daneben wurden 1963 und 1964 im Mai nur wenig mehr Spareinlagen

eingezahlt als abgehoben, so daß sich in diesem Monat ein zweiter Saisontiefpunkt herausbildete.

Wie das Bild zeigt, ist es im Frühjahr 1965 nicht zu einem ausgeprägten Tief im Spareinlagenzuwachs gekommen. Das Jahr 1965 kann daher bis in den Herbst hinein als ein besonders gutes Sparjahr bezeichnet werden. Von Januar bis einschließlich September betrug der Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen 288 Mill. DM. In den Jahren 1964 und 1963 waren es während derselben neun Monate nur 230 und 225 Mill. DM. Im Herbst 1965 setzte dann allerdings ein erheblicher Rückgang des Spareinlagenzuwachses gegenüber dem Vorjahre ein. In den Monaten Oktober und November ergab sich ein um 18% und 28% geringerer Saldo als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ob das Nachlassen der Sparwilligkeit des Publikums gegen Ende des Jahres 1965 der Beginn für ein generell schwächeres Wachstum der Spareinlagen in der Zukunft sein wird, muß abgewartet werden. Die bisher auch für den Anfang des Jahres 1966 vorliegenden Zahlen lassen einen solchen Schluß noch nicht zu. Infolge des 1965 beschleunigten Geldwertschwundes ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß weniger gespart wird und damit bei gleichbleibendem oder sogar steigendem Einkommen noch mehr wirksame Nachfrage auf den Markt drängt als vorher.

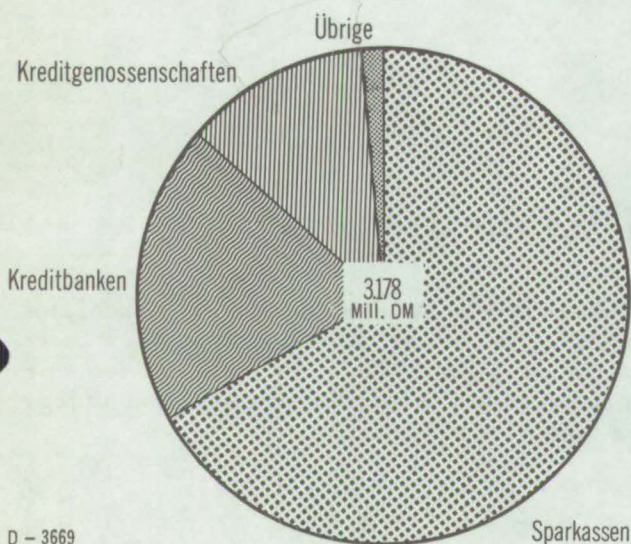
Gliederung nach Bankengruppen

Am Spargeschäft in Schleswig-Holstein waren Ende 1965 zu zwei Dritteln die 60 Sparkassenunternehmen beteiligt, die von der Statistik erfaßt wurden. Auf sie entfiel ein Spareinlagenbestand von 2 123 Mill. DM und damit der Hauptanteil am gesamten Spargeschäft, nämlich 67%. Mit 624 Mill. DM Spareinlagenbestand (= 20%) waren die 12 Kreditbanken am Ende des Berichtszeitraumes am Spargeschäft beteiligt. Auf die 79 erfaßten Kreditgenossenschaften entfiel ein Spareinlagenbestand von 384 Mill. DM. Die restlichen 47 Millionen verteilten sich auf verschiedene Sonderinstitute, die in der Regel am Spargeschäft nur geringfügig oder gar nicht beteiligt sind. Es sind dies hauptsächlich die Teilzahlungsbanken und die Hypothekenbanken.

Je Unternehmen waren also nicht die Sparkassen, sondern die Banken am stärksten am Spargeschäft beteiligt. Auf ein Bankhaus entfiel Ende 1965 im Durchschnitt ein Spareinlagenbestand von 52 Mill. DM, auf eine Sparkasse im Schnitt nur ein Bestand von 35 Mill. DM. Von den Kreditgenossenschaften sind überhaupt nur die größeren erfaßt

worden (vgl. unten). Trotzdem verfügten sie nur über einen durchschnittlichen Spareinlagenbestand von 5 Mill. DM je Unternehmen. Während des Berichtszeitraumes haben sich die Anteile der einzelnen Bankengruppen am Spargeschäft nicht wesentlich verschoben.

Die Spareinlagenbestände bei den Bankengruppen am 31.12.1965



D - 3669

Vergleich mit dem Bundesgebiet

Die Ein- und Auszahlungen auf Sparkonten der Kreditinstitute werden zu über 90% von privaten Haushalten getätigt. Die öffentliche Hand sowie die privaten Wirtschaftsunternehmen sind nur in verschwindend geringem Maße beteiligt. Die Höhe des Bestandes an Spareinlagen hängt daher in den einzelnen Bundesländern zunächst einmal von der Zahl der Einwohner ab.

Die Spareinlagen je Einwohner in den Bundesländern
— ohne Postsparkassenämter —

	Einwohner am 31.12.1965 in 1 000	Bestand an Spareinlagen	
		am 31.12.1965 in Mill. DM	je Einwohner in DM 31.12.1965 1.1.1963
Schleswig-Holstein	2 439	3 178	1 303 853
Hamburg	1 854	4 395	2 370 1 561
Niedersachsen	6 921	11 153	1 612 1 053
Bremen	743	1 386	1 866 1 242
Nordrhein-Westfalen	16 736	31 469	1 880 1 243
Hessen	5 170	9 705	1 877 1 172
Rheinland-Pfalz	3 582	5 588	1 560 1 012
Saarland	1 127	1 663	1 475 1 037
Baden-Württemberg	8 426	15 802	1 875 1 217
Bayern	10 101	17 873	1 769 1 123
Berlin (West)	2 197	2 755	1 254 725
Bundesgebiet	59 297	104 969	1 770 1 147

Die Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen haben entsprechend ihrer Bevölkerungszahl die höchsten Spareinlagenbestände aufzuweisen. Neben der Bevölkerungszahl spielen aber auch eine Reihe von anderen Faktoren eine Rolle, die sich auf die Sparleistung in den einzelnen Ländern auswirken. Der Vergleich der Sparleistungen je Einwohner, bei dem Schleswig-Holstein nach wie vor sehr schlecht abschneidet, ist daher nur bedingt aussagefähig. Es ist nicht angängig, aus der unterschiedlichen Sparleistung auf entsprechende Unterschiede in der Einkommenshöhe zu schließen. Zumindest sind die Unterschiede in der Einkommenshöhe wesentlich geringer als in der Sparleistung je Einwohner. Je höher das Einkommen ist, umso schneller steigt der frei verfügbare Teil des Einkommens, der z. B. auf Sparkonten angelegt werden kann (Engel-Schwabesches-Gesetz). Auch die Spargewohnheiten, die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, die Siedlungsstruktur und die Konkurrenzlage der Sparkassen und Banken zu den Bausparkassen und Postsparkassen (letztere sind in der Statistik nicht enthalten) können erhebliche Auswirkungen auf die Sparleistung je Einwohner haben.

Im Bundesgebiet war der Spareinlagenzuwachs (ohne Zinsgutschriften) im Jahre 1965 um 41% höher als 1963. Der entsprechende Anstieg betrug in Schleswig-Holstein nur 22%. Es wäre falsch, aus der niedrigeren Sparleistung in unserem Lande zwangsläufig auf ein Wohlstandsgefälle zum übrigen Bundesgebiet zu schließen. Der Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg hinkt aus zwei Gründen besonders stark. Pendler, die in Hamburg ihr Konto haben und in Schleswig-Holstein wohnen, beeinflussen das Bild zugunsten Hamburgs. In Hamburg dürfte auch das Grundeigentum nicht so breit gestreut sein wie in Schleswig-Holstein. Die Grundeigentümer wählen wahrscheinlich überwiegend eine andere Form der Vermögensbildung als das Kontensparen, z. B. das Bausparen oder die Entschuldung ihres Grundbesitzes, ohne daß dadurch die Sparleistung geringer zu sein braucht.

Begriffe und Methoden

Die Angaben enthalten die Meldungen aller in Schleswig-Holstein liegenden Niederlassungen von Kreditinstituten. Bei den Angaben über die Anzahl der Unternehmen ist folgende methodische Bemerkung über die Erhebungseinheit zu beachten:

a) Bei Sitz des Unternehmens in Schleswig-Holstein ist dieses die Erhebungseinheit, jedoch ohne seine auswärtigen Niederlassungen

b) Bei Sitz des Unternehmens außerhalb Schleswig-Holsteins ist Erhebungseinheit die Summe der Niederlassungen im Lande, die zu diesem Unternehmen gehören.

3. die Spareinlagen in den Postscheck- und Postsparkassenämtern;

4. die Geschäfte der Bausparkassen.

Nicht erfaßt sind:

1. die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1961 weniger als zwei Millionen DM betrug;

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

2. Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben ohne Filialnetz;

Vergleiche auch: "Die Spareinlagen in Schleswig-Holstein und im Bund 1961/62" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 154 (Mai)

Der Einfluß der Kinderzahl auf die Lebenshaltung

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 hat erstmalig in der Bundesrepublik amtliche statistische Unterlagen über Einkommen und Verbrauch von Arbeitnehmerfamilien mit unterschiedlicher Kinderzahl erbracht. Er-

gebnisse hierzu hat das Statistische Bundesamt kürzlich in seiner Monatszeitschrift "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht.¹ Der folgende Beitrag enthält die wichtigsten Erkenntnisse aus dieser Veröffentlichung.

Arbeitnehmerhaushalte nach der Zahl der Kinder sowie der Höhe des Haushaltseinkommens und der Abzüge¹

Haushaltstyp	Erfasste Haushalte	Monatliches Haushalts-Bruttoeinkommen	Abzüge			Monatliches Haushalts-Nettoeinkommen
			Insgesamt	Steuern	Sozialversicherung	
	Anzahl	DM				
Ehepaar ² mit						
einem Kind	1 757	1 013	160	82	78	853
zwei Kindern	1 304	1 015	128	53	74	888
drei Kindern	658	1 075	107	36	71	968

¹) Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Quelle: Wirtschaft und Statistik 1966, S. 373 f. (Juni)

²) nur Ehepaare mit Kindern unter 17 Jahren

Von sämtlichen Haushalten, die in die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe einbezogen waren, wurden alle Arbeitnehmerehepaare mit einem Kind, mit zwei und mit drei Kindern unter 17 Jahren herausgezogen und hinsichtlich ihrer Einkommen und ihrer Käufe für den privaten Verbrauch statistisch aufbereitet. Die Untersuchung wurde deshalb nur auf Arbeitnehmerhaushalte abgestellt, weil bei selbständigen Haushalten die Ermittlung der Einkommen mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist und weil bei den Nichterwerbstätigen der Anteil von Familien mit Kindern sehr gering ist. Die Arbeitnehmerehepaare ohne Kinder blieben

wegen der anders gearteten Alters- und Einkommensstruktur dieser Gruppe (häufigere Erwerbstätigkeit der Ehefrau) unberücksichtigt. Die Untersuchung bezieht sich auf 3 719 Arbeitnehmerhaushalte. Davon haben 47 % ein Kind, 35 % zwei und 18 % drei Kinder.

Wie aus der ersten Tabelle hervorgeht, lag das durchschnittliche monatliche Haushalts-Bruttoeinkommen der Familien mit drei Kindern mit 1 075 DM um 60 DM höher als das entsprechende Haushalts-Bruttoeinkommen der Familien mit zwei Kindern. Dagegen hatten die Familien mit einem Kind und die mit zwei Kindern nahezu ein gleich großes durchschnittliches Haushalts-Bruttoeinkommen aufzuweisen. Wenn man das Haushaltseinkommen in Abhängigkeit von der Kinderzahl betrachtet, hat man es mit

¹) Vergleiche: "Der Einfluß steigender Kinderzahl auf die Lebenshaltung von Arbeitnehmerhaushalten", in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 372 (Juni)

einkommenserhöhenden und einkommensvermindernden Komponenten zu tun. In Familien mit mehr Kindern liegt das Haushaltseinkommen in der Regel höher, weil man hier mit einem höheren Alter und damit meistens auch mit einem höheren Lohn oder Gehalt des Haushaltsvorstandes rechnen muß, als in Familien mit nur einem Kind. Außerdem dürfen in diesem Zusammenhang die Kindergeldzahlungen nicht übersehen werden. Verringernd wirkt sich eine zunehmende Kinderzahl auf das Haushaltseinkommen dadurch aus, daß in solchen Familien das Mitverdienen der Mutter eingeschränkt oder ganz aufgegeben werden muß. Von den hier untersuchten Arbeitnehmerhaushalten waren bei den Ehepaaren mit einem Kind 22 % der Mütter erwerbstätig, bei den Ehepaaren mit zwei Kindern 15 % und bei den Ehepaaren mit drei Kindern nur knapp 12 %.

Das durchschnittliche Haushalts-Nettoeinkommen zeigt eine deutlichere Abstufung. So verfügten die Arbeitnehmerehepaare mit drei Kindern über 968 DM, das waren 115 DM mehr als die Ehepaare mit einem Kind und 80 DM mehr als die Ehepaare mit zwei Kindern zur Verfügung hatten. Die Arbeitnehmerfamilien mit zwei Kindern, deren Bruttoeinkommen sich mit dem der Ehepaare mit einem Kind nahezu deckte, hatten nach den gesetzlichen Abzügen 35 DM im Monat mehr als die Familien mit einem Kind. Diese Unterschiede sind hauptsächlich durch die Steuerfreibeträge für Kinder zu erklären.

Das Haushalts-Nettoeinkommen nimmt zwar im Schnitt mit steigender Kinderzahl zu, wie aus

den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe hervorgeht, aber das Haushalts-Nettoeinkommen je Familienmitglied sinkt mit wachsender Kinderzahl merklich. Es betrug bei Familien mit einem Kind 284 DM, bei Familien mit zwei Kindern 222 DM und bei Familien mit drei Kindern nur 194 DM. Das geringere Pro-Kopf-Einkommen in kinderreichen Familien wirkt sich verständlicherweise auf den Verbrauch dieser Familien aus, wie im folgenden bei der Betrachtung der Abhängigkeit des Verbrauchs von der Kinderzahl zu sehen sein wird.

Die monatlichen Ausgaben für den privaten Verbrauch beliefen sich bei Ehepaaren mit einem Kind auf 740 DM, bei Ehepaaren mit zwei Kindern auf 778 DM und bei Ehepaaren mit drei Kindern auf 819 DM. Die monatlichen Aufwendungen stiegen also von Familientyp zu Familientyp jeweils um etwa 40 DM. Mit dieser Mehrausgabe von 40 DM kann nicht die gesamte Lebenshaltung eines zusätzlichen Kindes bestritten werden. Die Haushalte mit mehr Kindern müssen Konsumverzicht üben oder ihre Spartätigkeit einschränken, um die Mittel für die Kindererziehung bereitzustellen. Jeweils sieben Zehntel der zusätzlichen Aufwendungen in Höhe von 40 DM wurden für Nahrungs- und Genußmittel ausgegeben. Wie das Statistische Bundesamt ermittelt hat, läßt sich an dieser Ausgaben-Gruppe am besten nachweisen, daß mit steigender Kinderzahl der Haushalt in immer größerem Ausmaß auf billigere Waren zurückgreift. So sank z. B. der Anteil der Ausgaben für Butter an den Gesamtausgaben für Fette aller Art von

Die Ausgaben der Arbeitnehmerhaushalte für den privaten Verbrauch¹ nach der Zahl der Kinder

Haushaltstyp	Ausgaben für den privaten Verbrauch insgesamt	davon entfielen auf Ausgaben für								
		Nahrungs- und Genußmittel	Kleidung und Schuhe	Wohnungsmieten u. ä.	Gas, Elektrizität, Brennstoffe u. ä.	übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
DM										
Ehepaar ² mit										
einem Kind	740	295	83	83	41	90	59	24	48	19
zwei Kindern	778	322	89	87	42	89	62	24	48	16
drei Kindern	819	351	92	90	47	90	58	23	51	17
in %										
Ehepaar mit										
einem Kind	100	39,9	11,3	11,2	5,5	12,1	7,9	3,2	6,4	2,5
zwei Kindern	100	41,4	11,4	11,2	5,5	11,4	7,9	3,0	6,2	2,0
drei Kindern	100	42,8	11,3	10,9	5,7	11,0	7,1	2,8	6,3	2,1

1) Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Quelle: Wirtschaft und Statistik 1966, S. 373 f. (Juni)

2) nur Ehepaare mit Kindern unter 17 Jahren

65 % in Familien mit einem Kind auf 55 % in Familien mit drei Kindern und der Anteil der Klein- und Feingebäckkäufe an den Gesamtausgaben für Brot- und Backwaren von 33 % auf 27 %.

Der Zwang zur schärferen Kalkulation oder zum Konsumverzicht ist auch bei anderen Ausgabengruppen zu erkennen, wie man in der zweiten Tabelle sieht. Für Kleidung gaben die Haushalte mit drei Kindern monatlich im Schnitt nur 9 DM mehr aus als die Familien mit einem Kind. Bei der Bedarfsgruppe "Bildung und Unterhaltung" machte die entsprechende Mehrausgabe nur 4 DM aus. Für die Güter der Bedarfsgruppen "Übrige Haushaltsführung"², "Verkehr, Nachrichtenübermittlung", "Körper- und Gesundheitspflege" und "persönliche Ausstattung u. ä."³ wendeten die Ehepaare mit drei Kindern nur das gleiche oder sogar noch weniger auf als die Ehepaare mit einem Kind. Das Ergebnis, daß die Ausgabenanteile dieser Bedarfsgruppen bei den Familien mit drei Kindern merklich kleiner sind, zeigt, daß an diesen Stellen der Mehraufwand für die Ernährung eingespart werden muß. Auch mit langlebigen Gebrauchsgütern sind Haushalte mit mehr Kindern nicht so gut ausgestattet wie Familien mit einem Kind. So besaßen z. B. von 100 Familien

mit einem Kind	mit drei Kindern	
76	64	einen Kühlschrank
55	48	ein Fernsehgerät
33	31	ein Personenauto.

Urlaubs- und Erholungsreisen können in Haushalten mit mehr Kindern nicht so leicht unternommen werden wie in Haushalten mit nur einem Kind oder mit gar keinem Kind. Nur 26 von 100 Arbeitnehmerehepaaren mit drei Kindern war es möglich, wenigstens eine Reise während des Berichtsjahres zu finanzieren. Von den Familien mit zwei Kindern waren 31 % und von den Familien mit einem Kind 33 % einmal verreist. Die Möglichkeit, mit der gesamten Familie gemeinsam in den Urlaub zu fahren, wird mit steigender Kinderzahl geringer. Bei drei Fünfteln aller Reisen, die Ehepaare mit einem Kind unternahmen, war die gesamte Familie beteiligt. Dagegen haben bei den Reisen der Familien mit drei Kindern nur in einem Viertel der Fälle alle Familienmitglieder teilgenommen.

2) Möbel, Heimtextilien, elektrische Haushaltsmaschinen und Geräte, andere Haushaltgeräte, Gebrauchsgüter für die Gartenpflege, Waschmittel und übrige Mittel für die Haushaltsreinigung, Wohnungsreparaturen, Dienstleistungen der Wäschereien und Reinigungsfirmen

3) Hierzu gehören in erster Linie Uhren, Schmuck, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes (einschl. Urlaubsreisen) und privater Versicherungen

Alle diese Vergleiche sind keineswegs durch starke Unterschiede in der Streuung der verfügbaren Einkommen gestört, es ist vielmehr so, daß bei einer Schichtung der Haushalts-Nettoeinkommen nach Einkommensgruppen der Anteil der höheren Einkommensgruppen in den beobachteten Familien mit der Zahl der Kinder wächst.

Arbeitnehmerhaushalte nach der Zahl der Kinder und der Größe der Wohnung¹

Haushaltstyp	Erfasste Haushalte	davon lebten in Wohnungen mit ... Räumen ³			
		1 und 2	3	4	5 und mehr
	Anzahl	%			
Ehepaar ² mit					
einem Kind	1 757	9,1	35,8	41,3	13,8
zwei Kindern	1 304	6,4	25,6	45,1	22,9
drei Kindern	658	2,9	19,0	43,6	34,5

1) Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe,

Quelle: Wirtschaft und Statistik 1966, S. 373 f. (Juni)

2) nur Ehepaare mit Kindern unter 17 Jahren

3) einschl. Küche

Aus der obenstehenden Tabelle geht hervor, daß sich die Wohnungsgröße in gewissem Maße der Haushaltsgröße anpaßt. Der Anteil der Wohnungen mit 4 und mehr Räumen wächst von 55 % bei Familien mit einem Kind auf 78 % bei Familien mit drei Kindern. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Belegungsdichte trotzdem zunimmt. In 9 von 100 Familien mit einem Kind, in 32 von 100 Familien mit zwei und in 66 von 100 Familien mit drei Kindern entfiel mehr als eine Person auf einen Raum der Wohnung. Obwohl also annähernd vier Fünftel der Arbeitnehmerfamilien mit drei Kindern mindestens eine Dreizimmer-Wohnung hatten, bleibt die Tatsache bestehen, daß reichlich ein Fünftel der Arbeitnehmerehepaare mit drei Kindern mit einer Wohnung auskommen mußte, die außer der Küche nur aus zwei oder noch weniger Zimmern bestand.

Zusammenfassend hebt das Statistische Bundesamt folgendes hervor. Ein Haushalt mit Kindern muß sich offensichtlich gewisse Einschränkungen in der Lebenshaltung auferlegen; denn die Aufwendungen für die Kinder und gar ein Verzicht auf den Mitverdienst der Ehefrau werden durch die Einkommensvorteile infolge steuerpolitischer und sozialpolitischer Maßnahmen nicht aufgewogen. Beim laufenden "Etat" zeigen sich diese Einschränkungen besonders in der Art und Zusammensetzung der gekauften Nahrungs- und Genussmittel und daran, daß im Verhältnis bestimmte langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter weniger gekauft werden.

Dr. Enno Heeren

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 18. Jahrgang . Heft 10 . Oktober 1966

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 423	2 423	2 428	2 431	2 455	2 459
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 785	1 909	2 342	3 001	2 111	1 767
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,8	9,6	11,4	14,6	10,1	8,8
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 726	3 704	3 696	3 920	4 081	3 861
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,5	18,6	18,0	19,0	19,6	19,1
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 495	2 336	2 313	2 182	2 518	2 355
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	12,4	11,7	11,2	10,6	12,1	11,7
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	75	70	90	66	78	82
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	20,2	18,9	24,4	16,8	19,1	21,2
* Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 231	1 368	1 383	1 738	1 563	1 506
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,1	6,9	6,7	8,4	7,5	7,5
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 694	7 545	8 482	7 113	8 634	8 050
* Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 151	5 005	5 399	5 471	5 713	5 060
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	1 543	2 540	3 083	1 642	2 921	2 990
* Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 641	8 100	9 005	8 930	10 335	8 439
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 487	20 650	22 886	21 514	24 682	21 549
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	164	145	155	152	168	149
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	50	8	5	5	4	6	5	5	5
darunter * Männer	1 000	31	6	3	3	3	4	3	3	3
Offene Stellen	1 000	5	19	22	20	21	22	23	22	22
darunter für Männer	1 000	3	10	11	11	11	11	12	11	11
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 379 ^a	1 432	.	.	.	1 507	.	.
darunter * Milchkühe	1 000	426 ^a	505 ^a	481	.	.	.	503	.	.
* Schweine	1 000	1 279 ^a	1 701 ^a	1 729	.	.	.	1 677	.	.
darunter * Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	182	.	.	.	171	.	.
darunter * trächtig	1 000	77 ^a	103	114	.	.	.	108	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren⁵⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	21	17	18	23	22	18	21	33
* Kälber	1 000 St.	5	3	3	3	3	5	4	3	3
* Schweine	1 000 St.	81	156	139	147	149	162	141	149	156
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	11 ^c	2	2	2	4	2	2	2
* Gesamtschlachtgewicht										
aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	17,7	16,4	17,1	18,2	19,2	16,6	17,8	21,3
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,8	4,0	4,2	5,0	5,2	4,1	4,6	7,2
* Schweine	1 000 t	5,9	12,6	12,2	12,7	13,0	13,8	12,2	12,9	13,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	238	231	226	224	234	233	226	224
Kälber	kg	49	61	63	62	69	60	64	62	63
Schweine	kg	89	87	89	88	88	87	88	88	88
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	169	216	190	157	242	221	196	162
darunter * an Molkereien geliefert	%	87	90	92	93	92	92	93	93	92
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,6	15,0	12,8	10,5	15,4	14,6	12,5	10,4

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden

5) gewerbliche und Hausschlachtungen

6) einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1958/59=25

c) Winterhalbjahr 1964/65=21

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt			Juni	Juli	August	Mai	Juni	
Industrie und Handwerk										
Industrie⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	178	178	179	179	179	179	...
darunter *Arbeiter 8)	1 000	136	140	140	141	141	140	140	140	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	23 185	22 795	21 458	22 811	22 752	23 134	19 824	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	98,8	100,0	105,3	103,2	102,7	111,3	111,6	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	37,5	37,2	37,9	37,8	41,2	42,5	42,6	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	55	53	55	51	46	47	47	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	8 869	10 162	9 412	9 564	10 072	10 522	11 376	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	77	69	72	72	74	68	69	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	118	113	113	115	119	118	113	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	36	33	34	33	35	33	37	...
*Umsatz 11)	Mill. DM	479	746	745	742	722	778	817	723	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	92	118	132	75	109	152	81	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1958=100	100	137	144	120	134	148	145	125	...
darunter Erzeugnisse des/der Industrie der Steine und Erden		100	154	190	177	187	177	189	186	...
Hochofen- und Stahlwerke		100	91	99	99	85	83	89	90	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		100	146	159	94	132	145	157	76	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		100	222	248	125	231	231	211	89	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		100	109	128	105	110	112	118	97	...
papierherzeugenden Industrie		100	131	124	132	135	140	139	139	...
Schiffbaues		100	70	69	57	65	87	77	61	...
Maschinenbaues		100	138	149	111	114	143	154	103	...
elektrotechnischen Industrie		100	133	137	93	130	151	145	116	...
feinmechanischen und optischen Industrie		100	182	185	147	141	179	174	176	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		100	177	182	141	171	197	196	154	...
lederherzeugenden Industrie		100	54	49	38	53	50	29	32	...
Schuhindustrie		100	107	65	87	109	98	83	55	...
Textilindustrie		100	98	105	60	94	101	105	58	...
Bekleidungsindustrie		100	120	90	83	123	142	119	91	...
Fleischwarenindustrie		100	186	195	168	169	176	189	178	...
fischverarbeitenden Industrie		100	130	105	87	127	143	120	103	...
Meiereien und milchverarbeitenden Industrie		100	131	189	130	104	189	166	136	...
Bauhauptgewerbe		100	133	169	143	153	161	159	144	...
Handwerk (Meßziffern)										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	Mai 1956=100	-	105	108	.	.	.	103
*Umsatz	Vj. -Ø 1955=100	-	235	250	.	.	.	258
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -Ø 1955=100	-	223	228	.	.	.	241
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	141	125	117	109	134	112	112	...
Stromverbrauch ¹²⁾	Mill. kWh	143	279	242	248	265	270	264	266	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	20	15	15	16	18	16	16	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagetarbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) einschl. Verluste

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	67 971	69 827	70 066	69 728	p 67 550	p 68 257	p 68 140	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 534	11 454	10 698	11 292	p 10 682	p 11 004	p 10 063	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 960	4 791	4 243	4 481	p 4 572	p 4 629	p 4 075	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 978	4 745	4 704	4 847	p 4 462	p 4 615	p 4 379	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	50,0	61,8	56,6	59,9	p 58,8	p 61,4	p 56,0	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,1	4,0	4,0	4,0	p 4,4	p 4,4	p 4,5	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	147,6	160,8	176,8	159,2	p 144,7	p 173,4	p 172,0	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	1 100	1 117	1 517	1 203	995	1 364	1 129	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	169	255	176	155	193	190	186	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	128,9	147,3	165,6	139,2	123,1	175,9	136,5	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	95,5	101,2	128,8	108,3	89,2	138,5	105,6	...
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 395	1 560	1 791	1 493	1 318	2 032	1 432	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	934	958	1 269	1 079	854	1 328	969	...
*Wohnungen		2 109	2 535	2 780	3 311	2 743	2 269	3 596	2 625	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 263	2 463	3 065	2 491	1 866	3 283	2 313	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 447	1 530	1 591	1 765	1 801	1 082	1 316	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 214	5 864	6 226	7 197	7 051	4 374	5 610	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 266	659	796	779	705	722	574	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	694	566	887	201	618	1 289	1 070	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	19 951	22 960	18 493	20 770	21 190	19 994	20 598	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	36 510	32 803	31 886	36 856	31 700	30 330	28 909	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	113,3	97,8	163,7	77,7	145,3	225,4	98,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	12,2	9,5	10,7	8,7	8,6	10,1	10,8	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	101,1	88,2	153,1	69,0	136,7	215,3	87,9	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	2,9	2,7	2,9	2,5	3,4	3,0	2,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	9,3	8,9	7,7	8,0	9,3	16,3	12,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	88,9	76,7	142,4	58,6	124,0	196,0	73,1	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	5,9	5,6	5,3	5,2	7,0	7,0	6,2	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	82,9	71,1	137,2	53,4	117,0	189,0	67,0	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	25,8	26,4	24,0	22,5	28,2	28,3	27,9	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	6,6	8,0	5,7	4,4	6,4	6,7	5,9	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	9,0	8,4	7,6	8,4	9,2	10,1	9,6	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	43,9	29,5	76,5	32,6	75,1	109,2	36,0	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	9,6	9,3	11,1	12,4	7,8	10,8	14,0	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	3,0	4,7	4,0	5,5	6,7	5,3	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	12,7	4,3	49,1	2,3	33,1	75,8	1,7	...
Schweden	Mill. DM	6,3	6,8	5,2	4,0	4,7	20,8	5,7	4,1	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	160	271	403	356	p 167	p 257	p 407	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	28	62	43	p 19	p 26	p 60	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 073	1 945	3 671	3 612	p 710	p 1 896	p 3 766	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	38	55	127	97	p 33	p 51	p 124	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
				Monats-Durchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	217	225	216	222	213	246	256	...
*Güterversand	1 000 t	195	354	368	344	414	360	400	368	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 806	6 388	5 135	4 757	5 075	5 900
darunter										
Krafträder (einschl. Motorroller)		227	13	15	11	7	15	16
*Personenkraftwagen		2 107	4 507	4 893	3 948	3 652	3 937	4 523
*Kombinationskraftwagen		175	475	596	403	309	411	490
*Lastkraftwagen		293	393	426	355	343	412	452
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 044	1 175	1 299	1 346	1 204	1 229	p 1 301	p 1 301
*Getötete Personen		40	56	52	56	84	53	56	p 73	p 73
*Verletzte Personen		1 130	1 403	1 625	1 829	1 849	1 699	1 672	p 1 862	p 1 784
Geld und Kredit										
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)										
*Kredite an Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM	3 105 ^d	8 273 ^d	7 777	7 795	7 888	8 671	8 816	8 780	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	2 076 ^d	2 109	2 032	2 033	2 153	2 239	2 186	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	2 047 ^d	2 088	2 022	2 026	2 147	2 212	2 173	...
*Mittel- und langfristige Kredite (15)	Mill. DM	2 165 ^d	6 197 ^d	5 667	5 763	5 855	6 518	6 577	6 594	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	5 296 ^d	4 869	4 957	5 029	5 584	5 640	5 652	...
*Einlagen von Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM	2 067 ^d	5 053 ^d	4 658	4 748	4 820	5 229	5 194	5 265	...
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 875 ^d	1 723	1 786	1 834	1 877	1 819	1 861	...
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	857 ^d	1 573 ^d	1 460	1 501	1 533	1 574	1 548	1 586	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	3 178 ^d	2 936	2 962	2 987	3 352	3 376	3 404	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	2 123 ^d	1 973	1 988	2 004	2 228	2 240	2 252	2 274
*bei Kreditbanken	Mill. DM	.	624 ^d	572	579	582	669	675
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	162	140	172	148	141	151
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	125	114	146	123	123	128
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	8	8	9	6	5	7	6	12
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	-	-	-	-	-	-	1
Wechselproteste	Anzahl	636	778	724	768	803	783	863
	Wert	1 000 DM	465	935	865	803	1 078	881	1 166	...
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	76 420	110 139	53 102	58 164	56 594	121 225	57 482	57 243
darunter										
*Vermögenssteuer	1 000 DM	1 463	2 921	1 113	393	7 609	8 282	781	659	8 185
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	8 835	8 371	8 908	8 114	9 316	9 651	9 308	8 963
*Biersteuer	1 000 DM	420	721	721	761	932	654	694	884	975
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	59 214	94 833	38 376	36 396	33 424	104 475	42 805	34 448
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	154 810	179 082	142 387	142 098	135 770	198 983	141 242	136 662
darunter										
*Umsatzsteuer	1 000 DM	26 688	48 411	47 115	51 122	51 054	49 023	51 713	51 931	54 000
*Umsatzgleichsteuer	1 000 DM	3 113	4 725	4 193	4 720	5 041	5 004	4 834	5 065	4 960
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 427	1 472	1 596	1 597	1 538	1 498	1 684	1 664
*Zölle	1 000 DM	7 838	7 074	6 418	7 003	7 866	7 141	7 141	6 441	7 671
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	55 308	59 250	53 377	53 269	51 695	66 996	48 753	46 342
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	34 219	32 750	34 621	34 980	31 170	33 236	34 642	34 059
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	37 858	60 631	24 535	23 270	21 369	66 796	27 367	22 024
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	7	1	34	1	0	6	1	2
* Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	5 436	2 212	2 197	7 648	9 185	1 361	1 871	7 211
* Steuern vom Einkommen ¹⁵⁾	1 000 DM	37 688	97 072	155 464	62 911	59 666	54 793	171 271	70 172	56 472
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	43 631	35 005	46 083	50 998	37 178	39 684	52 125	53 984
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	41 819	96 040	12 434	3 842	15 297	104 308	15 799	2 366
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	1 011	1 052	1 551	758	870	1 385	1 730	480
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	10 612	23 367	2 844	4 069	1 450	25 894	518	358

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite

16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	98 929 ⁺	96 761 ^e	.	.	.	100 166 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 240 ⁺	7 211 ^e	.	.	.	6 906 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 118 ⁺	15 160 ^e	.	.	.	16 972 ^e	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	-	81 ⁺	5 ^e
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	68 004 ⁺	67 301 ^e	.	.	.	68 561 ^e	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	7 647 ⁺	7 094 ^e	.	.	.	7 726 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 181 ⁺	6 341 ^e	.	.	.	8 019 ^e	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100	100,2	100,6	100,3	99,8	104,6	103,0	p 102,8	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1958=100	100	106,7	106,6	106,6	106,7	109,2	109,5	p 109,5	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	106,2	106,3	105,4	106,2	107,6	108,2	p 108,0	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	104,0 ^g	104,0	104,1	104,2	106,2	106,1	106,2	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	107,2 ^g	114,3	r 113,6	112,8	p 112,4	p 114,2	p 112,8	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	114,6	.	.	115,5	119,1
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100 ^h	90,8 ^f	104,4 ^g	106,8	106,3	106,4	r 109,2	r 109,5	109,2	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ^h	100	115	116	117	116	119	119	119	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	109,0	109,5	110,1	109,6	113,3	113,3	113,3	112,8
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		.	109,0	110,6	111,8	110,1	113,5	113,5	112,8	111,3
Kleidung, Schuhe		.	107,1	106,8	107,0	107,1	110,3	110,3	110,4	110,6
Wohnungsmieten		.	118,5	117,9	118,5	119,2	128,8	129,2	130,5	130,7
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	106,1	105,0	105,3	105,7	105,8	106,1	106,5	106,8
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	106,2	106,5	106,6	106,6	108,3	108,3	108,4	108,6
Löhne und Gehälter¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	211	.	214
darunter Facharbeiter	DM	124	224	.	227
*weiblich	DM	68	125	.	127
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,58	.	4,65
darunter Facharbeiter	DM	2,59	4,88	.	4,97
*weiblich	DM	1,53	3,00	.	3,07
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,9	.	46,1
*weiblich	Std.	44,2	41,5	.	41,5
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	42,3	.	39,9
*weiblich	Std.	41,4	37,4	.	32,6
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 020	.	1 031
*weiblich	DM	382	666	.	671
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 148	.	1 169
*weiblich	DM	403	687	.	689
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	897	.	895
*weiblich	DM	331	557	.	563
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 019	.	1 049
weiblich	DM	(259)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	934	.	936
*weiblich	DM	347	588	.	593
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 138	.	1 160
*weiblich	DM	391	687	.	689

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

17) einschl. Steuern der Kreise

18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvor-

standes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1962

19) Effektivverdienste; ab 1964

neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar

e) 1.4. - 30.6.

f) Wirtschaftsjahr 1958/59

(Juli-Juni) g) Wirtschaftsjahr 1964/65 (Juli-Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950=100

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen ¹⁾				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	Zum Bau genehmigte Wohnungen in 1 000	Fertiggestellte Wohnungen		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	Mill. DM								in 1 000			
1958	23	16	55	623	812	131	371	751	1 329	181	8 127	402
1962	27	24	52	716	980	237	434	914	1 649	196	10 310	396
1963	27	23	51	739	1 151	239	500	1 083	1 787	212	11 421	435
1964	28	27	55	767	1 153	266	481	1 061	1 855	216	12 259	438
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
									Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1958	246	69	113	28	11 011	477	13 562	1 054	71,2			8,9
1962	379	48	245	33	12 968	641	16 832	2 005 ^a	74,0			9,5
1963	419	39	288	34	12 589	601	16 433	2 360	85,4	38,5	42,8	11,9
1964	458	30	331	36	13 032	694	17 382	2 729	88,5	37,3	38,4	11,5
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	36,9	...	12,5

Jahr	Steuereinnahmen							Steuern vom Einkommen ⁴⁾		Neuverschuldung ⁵⁾		
	des Bundes			des Landes		der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	insgesamt	Umsatzsteuer	Verbrauchssteuern	insgesamt	aus Steuern vom Einkommen	insgesamt	Gewerbesteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1958	1 107	353	487	375	284	236	140	437	178	1 186	430	215 ^b
1962	1 554	510	618	728	577	348	238	888	369	1 513	809	522 ^c
1963	1 635	523	632	791	626	380	267	1 009	432	1 546	940	633 ^c
1964	1 738	584	632	856	670	406	287	1 098	491	1 619	1 089	756 ^c
1965	1 858	638	664	917	711	420	303	1 165	524	1 803	1 240	886 ^c

Jahr	Preisindizes					Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁸⁾		Angest. in Industrie ⁸⁾ u. Handel			öffentlicher Dienst		
	industrieller Produkte 1962=100	landwirtschaftlicher Produkte ⁷⁾ 1961/63 =100	1958=100	insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ⁹⁾	
								Männer	Frauen	Kaufmännische Angestellte	Techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
	DM												
1958	97,2	97,5	100	92,7		117	68	554	347	685	861	557	
1962	100	100,8	132,4	100	100	163	98	756	466	912	1 045	692	
1963	100,5	103,5	140,3	103,0	102,9	172	106	806	505	963	1 077	749	
1964	101,6	107,2	147,8	105,4	105,0	187	113	865	536	1 048	1 165	783	
1965	104,0	...	154,4	109,0	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824	

1) nur Neu- und Wiederaufbau einschl. Umbau ganzer Gebäude bezeichneten Jahres) 3) einschl. Kombinationskraftwagen 4) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Spalten der Landes- und Bundessteuern enthalten 5) ohne Kassenkredite 6) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes 7) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 8) einschl. Hoch- und Tiefbau 9) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind a) ab Dezember 1962 neuer Berichtskreis, alter Berichtskreis 2 018 Mill. DM b) Stand: 31. 3. c) Stand: 31. 12.

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 6. 1966			Bevölkerungsveränderung im Juni 1966			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im August 1966 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- oder Sterbe- überschuß (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
FLensburg	96 539	- 0,1	+ 0,3	24	- 87	- 63	49	1	64
KIEL	269 433	- 0,1	- 0,2	96	- 287	- 191	108	2	139
LÜBECK	241 750	+ 0,2	+ 0,9	122	- 244	366	129	1	164
NEUMÜNSTER	74 215	+ 0,0	- 0,8	35	- 27	8	45	1	65
Eckernförde	70 788	+ 0,2	+ 2,1	67	104	171	39	5	44
Eiderstedt	19 709	+ 0,4	+ 0,9	4	78	74	14	2	22
Eutin	94 018	+ 0,4	+ 1,0	52	367	419	64	11	76
Flensburg-Land	70 476	+ 0,1	+ 2,0	68	- 28	40	39	4	56
Hzgt. Lauenburg	139 006	+ 0,1	+ 1,4	83	57	140	59	2	92
Husum	65 290	+ 0,1	+ 0,4	57	23	80	50	2	77
Norderdithmarschen	59 829	+ 0,2	+ 1,6	36	87	123	35	4	39
Oldenburg (Holstein)	85 366	+ 0,6	+ 2,1	43	455	498	80	5	124
Pinneberg	251 987	+ 0,4	+ 3,9	175	704	879	106	6	137
Plön	115 869	+ 0,2	+ 1,5	79	149	228	63	4	92
Rendsburg	164 129	+ 0,0	+ 1,1	137	- 58	79	79	7	103
Schleswig	98 995	+ 0,0	+ 0,2	32	4	36	51	1	93
Segeberg	106 605	+ 0,2	+ 2,7	85	99	184	57	7	79
Steinburg	126 459	+ 0,1	+ 0,8	88	42	130	64	2	93
Stormarn	165 880	+ 0,3	+ 3,9	119	348	467	92	3	122
Süderdithmarschen	73 558	+ 0,0	+ 0,1	45	- 24	21	31	2	43
Südtondern	69 344	+ 1,2	+ 3,6	67	740	807	47	1	60
Schleswig-Holstein	2 459 245	+ 0,2	+ 1,5	1 506	2 990	4 496	1 301	73	1 784

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Bauhauptgewerbe ⁵⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1966		
	Betriebe am 31. 7. 1966	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Juli 1966 in Mill. DM	Betriebe am 31. 7. 1966	Beschäf- tigte am 31. 7. 1966	Umsatz im Juli 1966 in Mill. DM	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾	
		Anzahl am 31. 7. 1966	je 1 000 Einw. am 31. 3. 1966						Anzahl	je 1 000 Einw.
FLensburg	68	6 963	72	23,1	79	3 290	8	17 435	14 965	155
KIEL	174	32 308	119	77,0	177	8 049	21	50 614	43 287	160
LÜBECK	159	34 190	144	114,5	137	6 320	18	42 292	34 863	145
NEUMÜNSTER	60	11 908	161	26,7	56	2 367	6	13 892	11 768	158
Eckernförde	36	1 804	25	5,1	55	1 599	4	15 278	10 795	154
Eiderstedt	10	471	24	2,8	47	492	1	4 534	3 257	167
Eutin	51	4 212	45	15,8	112	2 125	5	20 162	15 104	162
Flensburg-Land	27	700	10	3,1	77	1 594	4	17 982	12 437	178
Hzgt. Lauenburg	103	9 000	64	25,9	127	3 437	7	29 288	21 682	157
Husum	23	1 378	21	5,6	131	2 501	7	15 846	11 065	170
Norderdithmarschen	35	1 453	25	3,6	82	2 275	6	13 876	9 823	166
Oldenburg (Holstein)	30	1 429	16	8,4	55	2 627	6	18 056	12 705	151
Pinneberg	262	24 457	95	109,3	275	5 988	16	48 701	39 565	160
Plön	54	2 709	24	13,7	106	3 172	7	25 520	18 246	159
Rendsburg	102	9 237	56	48,4	185	5 690	12	35 620	25 878	158
Schleswig	41	3 659	36	30,8	105	2 702	6	23 421	16 787	170
Segeberg	90	5 269	50	22,6	153	2 512	8	27 326	19 304	183
Steinburg	95	10 536	83	45,7	156	4 126	11	25 994	18 881	150
Stormarn	127	11 927	69	96,8	178	3 328	8	34 417	27 378	169
Süderdithmarschen	34	4 561	60	38,9	105	1 474	4	16 833	11 897	162
Südtondern	13	1 043	16	5,5	157	2 472	8	16 137	11 511	172
Schleswig-Holstein	1 594	179 214	73	723,3	2 555	68 140	172	513 224	391 198	160

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1966

2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

4) einschl. Verbrauchssteuern sowie

Reparaturen, Lohn- und Montagarbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung vom 30. 6. 1965

hochgerechnet

6) einschl. Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1966			Offene Stellen am 31. 7. 1966 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30. 6. 1966 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Juli 1966			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 6. 1966	Rindvieh am 3. 6. 1966	
		VZ 1939	31. 3. 1965							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 447	+ 54	+ 1,4	22	18	196	92,7	12,5	1 677	1 507	503
Hamburg	1 852	+ 8	- 0,3	30	26	2	88,2	11,6	25	20	7
Niedersachsen	6 935	+ 53	+ 0,9	59	88	433	88,4	13,4	4 601	2 863	1 039
Bremen	745	+ 32	+ 1,3	10	10	2	77,2	13,0	10	18	5
Nordrhein-Westfalen	16 781	+ 41	+ 1,0	177	408	305	89,8	12,4	3 053	1 984	781
Hessen	5 196	+ 49	+ 1,6	60	147	129	81,1	11,0	1 249	939	392
Rheinland-Pfalz	3 593	+ 21	+ 1,0	24	43	91	76,3	9,8	746	777	303
Baden-Württemberg	8 481	+ 55	+ 2,0	103	351	235	72,6	9,2	1 761	1 869	825
Bayern	10 140	+ 43	+ 1,3	101	194	592	75,1	9,7	3 570	4 329	1 982
Saarland	1 130	+ 24	+ 0,9	5	23	11	74,0	11,3	65	72	31
Berlin (West)	2 193	- 20	- 0,4	26	16	1	12,2	14,2	-	-	-
Bundesgebiet	59 492	+ 38	+ 1,1	619	1 314	1 997	82,1	11,0	16 757 ^a	14 380 ^a	5 867 ^a

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Juni 1966			
	Beschäftigte		Umsatz im Mai 1966		Produktionsindex ²⁾ 1958=100 im Mai 1966	Beschäftigte am 31. 5. 1966		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31. 5. 1966	je 1 000 Einw. am 31. 3. 1966	Mill. DM	Auslands-umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	179	73	779	14,0	147	68	28	3 596	14,7	1 082	4,4
Hamburg	220	118	1 355	13,1	.	49	26	1 135	6,1	1 082	5,8
Niedersachsen	765	109	3 327	20,7	.	199	29	6 532	9,4	3 284	4,7
Bremen	100	134	501	14,0	.	24	32	464	6,2	846	11,4
Nordrhein-Westfalen	2 803	166	11 124	10,6	156	429	26	12 336	7,4	7 593	4,5
Hessen	715	137	2 625	20,5	176	155	30	5 114	9,9	6 425	12,4
Rheinland-Pfalz	388	106	1 526	18,3	213	97	27	3 321	9,3	1 697	4,7
Baden-Württemberg	1 518	178	5 306	17,3	166	258	30	8 647	10,3	5 122	6,1
Bayern	1 319	131	4 407	14,3	.	307	30	9 465	9,4	3 532	3,5
Saarland	170	149	464	29,8	.	29	25	814	7,2	549	4,9
Berlin (West)	284	130	942	12,4	.	47	21	1 054	4,8	1 349	6,1
Bundesgebiet	8 461	142	32 355	16,8	166	1 660	28	52 478	8,9	32 561	5,5

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 7. 1965			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im Juni 1966				Bestand an Spareinlagen ⁶⁾ am 30. 6. 1966 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 2. Vj. 1966					
	insgesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁷⁾	Bundes- ⁷⁾	Gemeinde-			
		Anzahl	je 1 000 Einw.									steuern in DM je Einw.		
		in 1 000												
Schleswig-Holstein	498	374	154	1 226	56	1 665	140	1 380	96	200	...			
Hamburg	372	322	174	880	16	1 120	129	2 525	264	1 033	...			
Niedersachsen	1 429	1 059	154	3 779	237	5 263	146	1 702	110	188	...			
Bremen	132	112	153	355	10	415	120	1 975	174	538	...			
Nordrhein-Westfalen	3 117	2 537	153	8 497	319	11 635	141	1 989	154	265	...			
Hessen	1 124	863	170	2 646	125	3 723	145	1 976	180	230	...			
Rheinland-Pfalz	747	539	152	1 925	102	2 802	151	1 642	111	199	...			
Baden-Württemberg	1 861	1 388	168	4 031	185	5 881	150	1 963	165	244	...			
Bayern	2 308	1 609	161	5 055	253	7 144	146	1 867	137	200	...			
Saarland	197	153	137	482	20	679	145	1 529	95	149	...			
Berlin (West)	337	292	133	1 061	18	1 363	130	1 356	90	377	...			
Bundesgebiet	12 122	9 248	158	29 937	1 341	41 690	144	1 868	145	262	...			

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft

2) ohne Bau, von Kalendersunregelmäßigkeiten bereinigt 3) ohne Bundespost und Bundesbahn, einschl. der stillgelegten Fahrzeuge

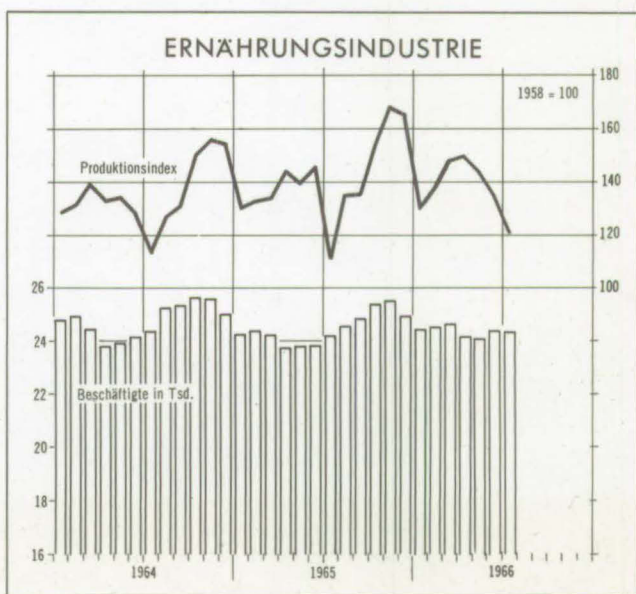
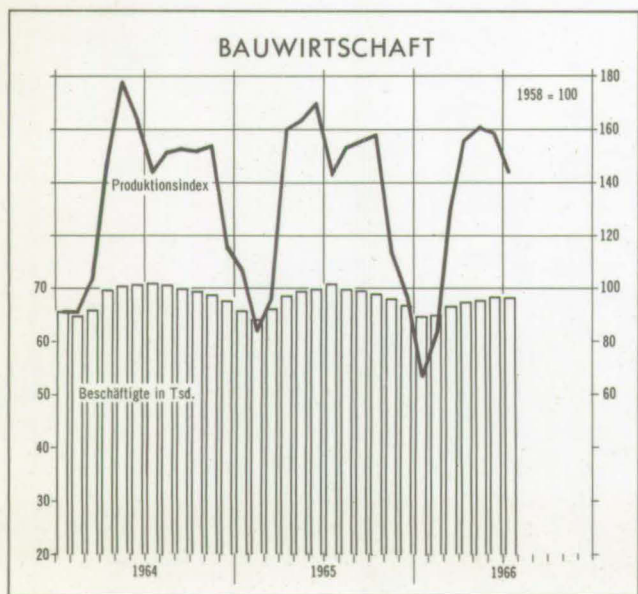
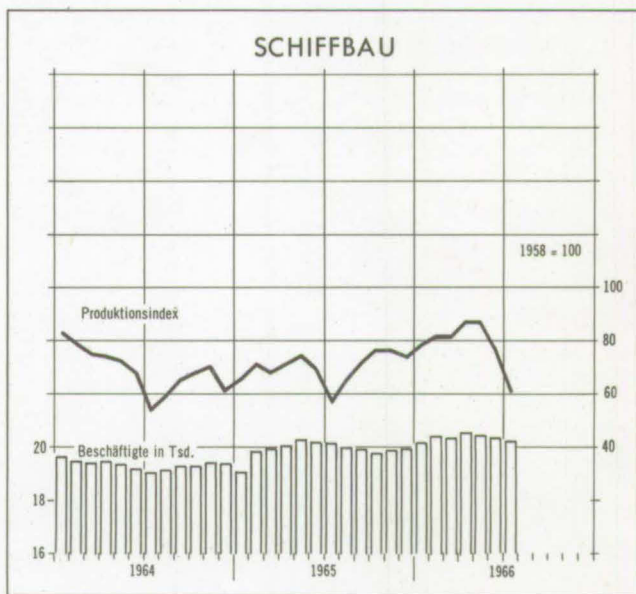
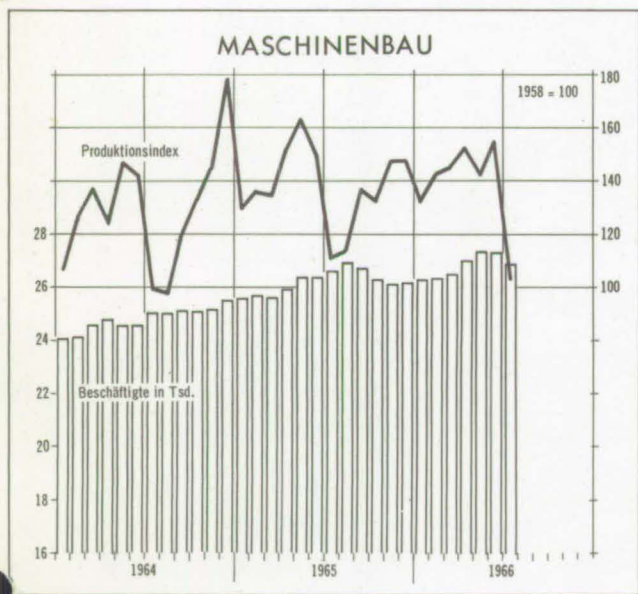
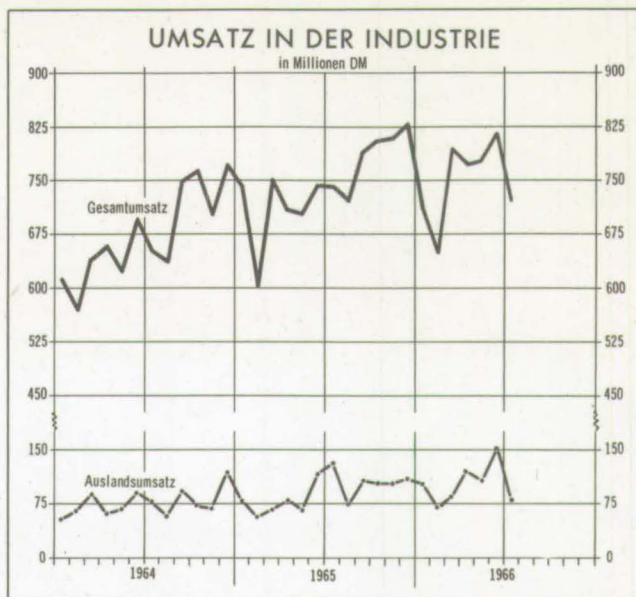
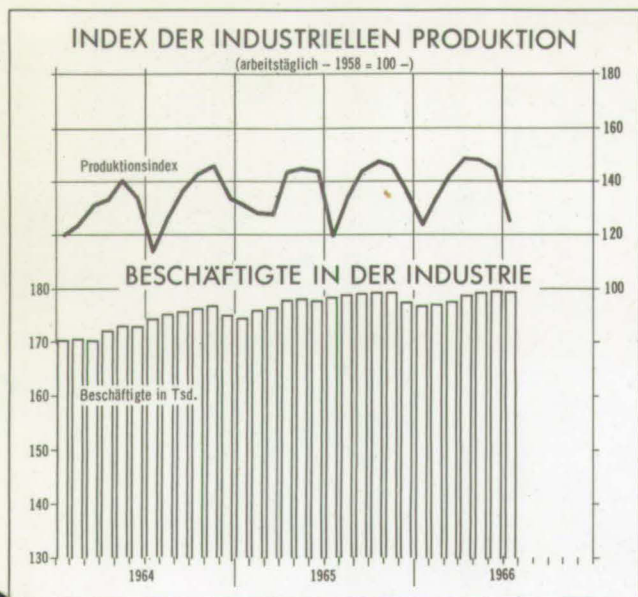
4) einschl. Kombikraftwagen 5) vorläufige Zahlen 6) ohne Postspareinlagen 7) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten

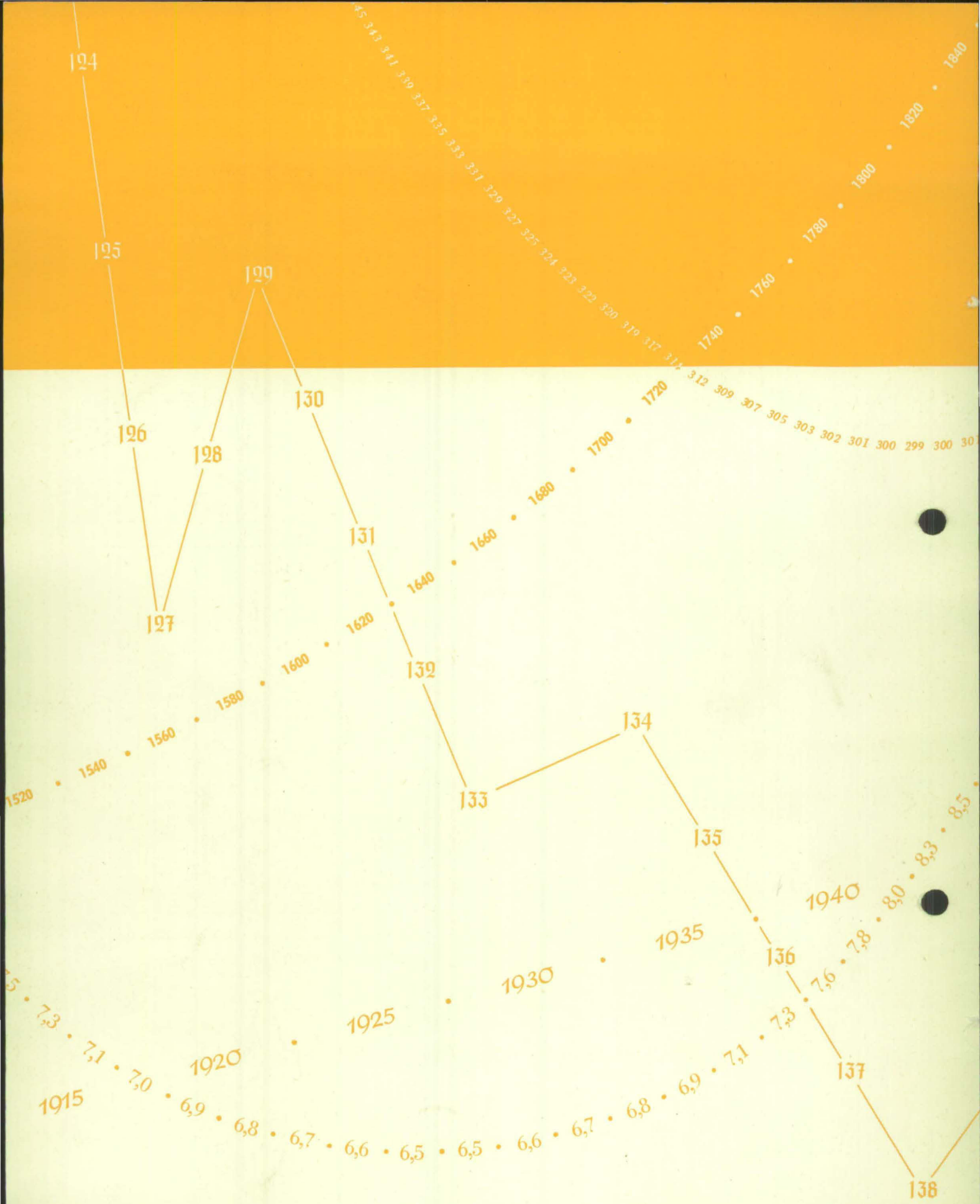
a) ohne Berlin

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 20,- DM
 - Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen